



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DEUTSCHE RUSSLANDPOLITIK

■ ANALYSE		
Die russische Herausforderung		2
Heinrich Vogel, Bergisch-Gladbach		
■ ANALYSE		
Quo vadis deutsch-russische Beziehungen?		5
Reflexionen eines russischen Germanisten		
Wladislaw Below, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Materialien zur deutschen Russlanddebatte im Herbst 2012		9
■ STATISTIK		
Deutsch-russische Beziehungen in Zahlen		11
■ UMFRAGE		
Gegenseitige Wahrnehmungen		19
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Serdjukows Sturz, Putins Krankheit und die Sicherung des Systems		24
Jens Siegert, Moskau		
■ CHRONIK		
Vom 15. bis zum 29. November 2012		26

Die russische Herausforderung

Heinrich Vogel, Bergisch-Gladbach

Zusammenfassung

Dieser Artikel untersucht den Stand der deutsch-russischen Beziehungen nach den Regierungsgesprächen in Moskau sowie deren außenpolitisches Umfeld. Im Mittelpunkt stehen Überlegungen, wie eine Öffnung des russischen Modernisierungskonzepts ermöglicht werden kann.

Deutsch-russische Verstimmungen

Der Petersburger Dialog ist überstanden. Im Vorfeld hatte ein russischer Affront gegen den Koordinator für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit für Aufregung gesorgt, eine Diskussion im Deutschen Bundestag zum Thema Rechtsstaatlichkeit in Russland am 19. Oktober 2012 ergab Übereinstimmung in der Feststellung beunruhigender Tendenzen. In der abschließenden Pressekonferenz der Regierungskonsultationen in Moskau am 16. Oktober fand die Kanzlerin dann, dem Auftrag des Deutschen Bundestages folgend, deutliche Worte gegen den repressiven Trend in der russischen Innenpolitik. Putin musste mit der absurden rhetorischen Frage, Merkel wolle doch wohl nicht mit ihrer Kritik an der Verurteilung der Mitglieder von Pussy Riot den Antisemitismus in Russland fördern, die Notbremse ziehen. Als positives Ergebnis wurde andererseits die Unterzeichnung eines 2,5 Milliarden Euro schweren Auftrags allein an Siemens für die Lieferung von Lokomotiven gefeiert. Ende gut, alles gut?

Solange in zentralen Politikfeldern keine besseren Ergebnisse erzielt werden als »to agree not to agree«, bleiben Zweifel am immer wieder beschworenen strategischen Charakter der deutsch-russischen Beziehungen. Politik und Öffentlichkeit in Deutschland sehen weiterhin Besorgnis erregende Defizite an Rechtsstaatlichkeit in Russland. Die russische Gesellschaft ihrerseits ist aufgewacht und fordert die Einlösung der wiederholten Versprechen Putins, ernsthafte Reformen durchzusetzen, aber ihre Emanzipationsversuche werden verleumdet und systematisch unterdrückt. Die deutsche Außenpolitik scheint hilflos gegenüber dem Kurs der russischen Führung, die die wachsende Unruhe in der eigenen Bevölkerung mit patriotisch-aggressiver Propaganda und Schuldzuweisungen an ein feindliches Ausland einzudämmen sucht. Der demonstrative Autismus der russischen Außenpolitik zwingt jetzt zu einer illusionsfreien Überprüfung jener Erklärungsmuster, die eine demokratisch legitimierte Transformation Russlands nur als eine Frage der Zeit ansehen.

Schwachstellen westlicher Politik

Im Rückblick auf zwanzig Jahre Transformation erweisen sich westliche Klagen über Defizite an Rechtsstaatlichkeit im heutigen Russland als in hohem Maße selbstgerecht, denn das Beratungskonzept des Westens war vom Zeitgeist des angelsächsischen Neoliberalismus geprägt, in dem die mühsame Institutionalisierung der Funktionen des Rechts weit hinter dem Mythos vom unfehlbaren Erfolgsrezept der »Market-Democracy« rangierte. Westliche Frustration über Stagnation und Rückfall der Politik in Russland fallen heute umso heftiger aus, je naiver die Erwartungen an den Zeitbedarf der angestrebten Transformation waren.

Die russische Führung benutzt jetzt das Argument der zeitintensiven Komplexität des »Übergangs« zur Kaschierung innerer Blockaden sowie zur Rechtfertigung der Sabotage einer umfassenden Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Für Versagen und Ignoranz wird Verständnis eingefordert, gleichzeitig aber in aller Machtarroganz der Anspruch erhoben, das richtige Timing und Tempo notwendiger Reformen zu kennen. Angesichts solcher Intransigenz ist jedes mit der Formel vom »langen Atem« signalisierte Verständnis für die überlastete Führung in Moskau kontraproduktiv.

Eine zielführende Strategie für den Übergang zu einem tragfähigen, d. h. demokratisch legitimierten politischen System kann nur in Russland selbst entwickelt werden. Die politischen Eliten des Landes sind jedoch durch die Sowjetzeit und die Goldgräberstimmung der 1990er Jahre geprägt. Das Ergebnis ist ein korrupter Petro-Staat, dessen autoritäre Strukturen nur dürftig mit demokratischen Ornamenten kaschiert sind. Die neue Oligarchie wird ihre Machtpositionen nicht freiwillig räumen, schon gar nicht für das Projekt eines funktionsfähigen Verfassungs- und Rechtsstaats. Damit ist die Verschärfung der innenpolitischen Konflikte in Russland programmiert. Diese bittere Realität muss ohne Weichzeichner zur Kenntnis genommen werden.

Die westliche Diskussion über Entscheidungsabläufe, Clan-Strukturen und Partikularinteressen im »tiefen Staat Russlands« sowie mögliche Motive der Handelnden in Moskau verharren im Ungefähren der Spekulation über »den Kreml« und eine Blackbox, genannt

»Putin«. Die gängige Personalisierung der russischen Probleme von Stagnation und Regression verdeckt jedoch deren systemische Ursachen, im Nebeneffekt bedient sie sogar die byzantinischen Bedürfnisse der dort herrschenden Klasse. Die langfristige Stabilisierung der Beziehungen zu einem für Europa eminent wichtigen Land, dessen wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Untergrund in schwer berechenbare Bewegung geraten ist, fördert sie sicher nicht.

Die deutsche Haltung

Deutschlands Interesse am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen dient als zentrales Argument für den Ruf nach Mäßigung der Kritik an politischen Fehlentwicklungen in Russland. Deutsche Wirtschaftsverbände beschränken ihre Problembeschreibungen mit Rücksicht auf das hochgradig politikabhängige Umfeld des Russlandgeschäfts auf Forderungen nach zügiger Umsetzung »der Modernisierung« und die Formulierung vager Hoffnungen (»das Entstehen eines russischen Mittelstands«). Gleichzeitig mahnen ihre Vertreter die Politik mit dem stereotypen Hinweis auf deutsche Arbeitsplätze und Exportchancen zu öffentlicher Zurückhaltung. Die Grenze zur peinlichen Anbiederung ist hier längst überschritten.

Zweifellos sind die Wirtschaftsbeziehungen der wichtigste Stabilisator bei der Suche nach gemeinsamen Interessen und belastbaren politischen Beziehungen. Die weitere Entwicklung ihres objektiv vorhandenen Potenzials leidet jedoch unter den Unwägbarkeiten der russischen Innenpolitik und deren notorischem Mangel an Transparenz. Der russische Beitritt zur WTO ist als Fortschritt im Sinne der Öffnung zur Weltwirtschaft zu begrüßen. Dennoch bleiben langfristige Planungen deutscher Unternehmen mit erheblichen Risiken belastet, solange die strukturellen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen in Russland nicht dekontaminiert sind. Die Gefahr einer Infektion der deutschen und europäischen Wirtschaft mit den Praktiken des korrupt-kriminellen Hybrid aus Politik und Wirtschaft in Russland sollte keinesfalls unterschätzt werden.

Durchsichtige russische Propagandaformeln genießen in der deutschen Diskussion eine völlig unangemessene Aufmerksamkeit. Dazu gehört vor allem die seit Jahren von russischen PR-Agenten lancierte Drohung mit Liebesentzug, d. h. einer möglichen Umorientierung der Außen- und Wirtschaftspolitik Moskaus nach Asien, weg von den widerspenstigen Partnern in Europa. Solche angeblich strategischen Überlegungen lösen erstaunlich nervöse Reaktionen bei Wirtschaftsvertretern und Anhängern einer geostrategischen Denkschule in Deutschland aus. Andererseits fühlt sich die deutsche Politik immer wieder verpflichtet, dem Vor-

wurf der Russophobie ausführlich und beflissen zu widersprechen. Dabei hat diese Anschuldigung keine andere Funktion als die der letzten Rückfallposition beim Abblocken kritischer Fragen nach der Substanz russischer Politik.

Zwangsvorstellungen in Russland und den USA

Moskaus Rolle im Krisenmanagement der Vereinten Nationen wie auch in regionalen Gremien der internationalen Gemeinschaft konzentriert sich auf dilatorisches Taktieren als Schutzpatron für autoritäre Regime. Das Motiv ist klar: Präzedenzfälle international sanktionierter Einmischung von außen sollen um jeden Preis vermieden werden, Waffengeschäfte mit Altkunden wie Assad-Syrien behalten Vorrang vor gemeinsamen diplomatischen Initiativen zur Kriseneindämmung mit westlichen Staaten. Die russische Führung sieht sich damit auf dem sicheren Weg zur Wiederherstellung früherer Großmacht. Dabei ist die fortgesetzte, auf Aspekte der Hard Power reduzierte Rivalität mit den USA der alleinige Erfolgsmaßstab in einer imaginierten Aufholjagd.

Bei näherer Betrachtung erschließt sich eine absurde Symmetrie in der Programmatik russischer wie amerikanischer Außenpolitik: »Russlands Größe« bzw. »America's Greatness« haben identische Funktionen bei der patriotischen Mobilisierung. Feindbilder und Hegemonialstrategien des Kalten Krieges sind in diesem Zusammenhang unentbehrlich. Aktuelle Bestätigung für dieses Weltbild finden Konservative auf beiden Seiten in der Georgienkrise von 2008 (natürlich mit diametral unterschiedlichen Schuldzuweisungen), vor allem aber im anhaltenden Streit um die Stationierung amerikanischer Abfangraketen (BMD) in Ost-Mitteuropa. Vorschläge für eine Überbrückung der Vertrauenslücke (engere Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, ein Inspektionsregime, Weitergabe kritischer Daten, Kooperation bei der Lösung der technologischen Probleme dieses Waffensystems) werden als inopportun abgeblockt.

In der herablassenden Perzeption durch amerikanische Konservative (Demokraten wie Republikaner) muss Europa wegen politischer Unfähigkeit und Selbstgefährdung durch Naivität vor sich selbst geschützt werden. Deutschland steht ohnehin unter Bewährungsaufsicht, weshalb jede Andeutung von Verständnis für russische Positionen oder gar eigenständige russlandpolitische Initiativen aus Berlin tiefes Misstrauen in Washington wecken (zur Not müssen auch Deutschlandphobien in Ostmitteleuropa als Instrument erhalten).

Dieses Umfeld engt den Bewegungsspielraum deutscher Außenpolitik erheblich ein, und besonders die Russlandpolitik wird auf absehbare Zeit zum Balanceakt. Eine gründliche Bestandsaufnahme, die auch

vor der Doktrin der traditionellen und deshalb bedingungslosen Gefolgschaft gegenüber den USA nicht haltbar, ist überfällig. Aussicht auf Realisierung hat der Versuch der Emanzipation von amerikanischer Interessenpolitik jedoch nur im Rahmen der GASP. Es wäre unpolitisch und mit hohen Opportunitätskosten belastet, hier auf einen spontanen Konsens mit den EU-Partnern über nicht-kosmetische Korrekturen – auch an den transatlantischen Beziehungen – zu warten. Mehr Selbstbewusstsein bei der Entwicklung deutscher Initiativen sollte angesichts der Erfahrungen und Leistungen deutscher Europapolitik nach 1989 als zulässig angesehen werden.

Optionen deutscher Russlandpolitik

Bis heute bleibt deutsche Russlandpolitik jedoch in einer zur Routine erstarrten Rhetorik gefangen, die möglichst wenig Aufsehen erregen will. Die beflissene Bestätigung der »Unentbehrlichkeit Russlands bei der Lösung internationaler Konflikte« hat sich verbraucht, und die Verurteilung von Verstößen gegen die mit dem Beitritt Russlands zur Charta des Europarats übernommenen Verpflichtungen wird im Kreml locker zu den Akten genommen.

Natürlich müssen die Verhandlungen mit den russischen Machteliten zur Konkretisierung der Modernisierungspartnerschaft weiter geführt werden, und dies nicht nur im Rahmen von Routinegesprächen. Die Deblockierung anhaltender Versteifungen oder gar ein Paradigmenwechsel in der russischen Politik sind jedoch nur durch die Einbeziehung der aufgeklärten Öffentlichkeit in Russland zu erreichen. Darauf heute zu verzichten, würde Resignation gegenüber systematischem Bluff aus Moskau bedeuten und als Einladung zur Fortsetzung der anmaßenden Rhetorik und der Re-Ideologisierung der russischen Außenpolitik interpretiert.

Grundsätzlich gilt, dass ideologische Kampagnen (z. B. das Bestehen auf Anerkennung europäischer Werte) kaum praktische, politische Wirkung erzielen. Andererseits wirken lyrische Formeln, wie »Russland in Europa einbinden« auf Dauer lähmend. Mehr Aussicht auf Erfolg hat eine Diskussion auf der Ebene pragmatischer Überlegungen: Nachfragen, wie denn die Zuversicht der russischen Führung, auf dem richtigen Weg zu sein, begründet sei und Hinweise auf den mit ihrer Politik verbundenen Verlust an internationalem Prestige und Vertrauen in die Vertragstreue einer russischen Retro-Großmacht können vom Kreml nicht ohne weiteres unter dem Tisch gehalten werden.

Die politische Klasse und eine erweiterte Öffentlichkeit offen mit den Kosten der von der Putin-Administration und ihrer »Partei der Macht« betriebenen Politik zu konfrontieren, hieße den notorischen Vorwurf der

»Einmischung in innere Verhältnisse« zu neutralisieren, sofern dies als Ausdruck des legitimen Eigeninteresses der europäischen Partner am Erfolg einer kooperativen Modernisierung formuliert wird.

»Russland zu einer führenden Industrienation machen« – dieses hohe Ziel der Politik Putins ist nicht mit der Größe des Sozialprodukts, sondern durch dessen Struktur und Dynamik zu definieren. Hier kommen international vergleichbare Indikatoren zu Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ins Spiel, mit denen sich auch mehrdimensionale Fragen zum Ranking Russlands beantworten lassen: Wie steht es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, um die Leistungsfähigkeit von Forschung und Entwicklung, um das Investitionsklima, die soziale Mobilität, das Vertrauen der Bürger in die Funktionsfähigkeit der Institutionen des Staates usw.? Vergleichende, allgemein zugängliche Statistiken von UN, OECD und EU machen es leicht, Propagandaslogans zu entlarven und den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Kohäsion und politischer Stabilität zu veranschaulichen. In diesen Kategorien können und müssen die europäische und deutsche Außenpolitik argumentieren, wenn es um die Formulierung von Erwartungen an die russische Regierung geht.

Wo die vitalen Interessen der EU betroffen sind, müssen andererseits politische, wirtschaftliche und rechtliche Vorkehrungen durchgesetzt bzw. beschleunigt werden, deren Realisierung durch EU-typische Abstimmungsprobleme und bürokratische Überlastung behindert oder durch Interessenkonflikte der in Russland engagierten Unternehmen kompliziert wird. Absoluten Vorrang verdienen hier das Energieprogramm 2020 und dessen Konzept der Entbündelung der Produktion und des Transports von Energie. Die Aufkündigung des nicht ratifizierten Beitritts zur Energie-Charta der EU durch Russland und die kartellrechtlichen Ermittlungen der EU gegen Gazprom im Jahr 2012 können als Anhaltspunkte für die inakzeptablen Vorstellungen in Moskau von Kooperation in der Energiepolitik dienen.

Die Gewährung der Visumsfreiheit für Bürger Russlands, die nach Deutschland einreisen wollen, spielte bei den Regierungsgesprächen in Moskau keine Rolle, obwohl sie seit jeher zu den zentralen Forderungen der russischen Seite, des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, wie auch der politischen Stiftungen in Deutschland gehört. Grundsätzlich ist ein solcher Schritt positiv zu bewerten, auch wenn die erhofften positiven Effekte nur längerfristig eintreten können. In kurzer Frist müssen jedoch die Risiken einer Öffnung Europas gegenüber dem weithin rechtsfreien Milieu der russischen Wirtschaft beachtet werden. Schon im Vorfeld eines solchen Schritts müssen deshalb Kompe-

tenz und Kapazitäten der deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden ausgebaut werden. Wünschenswert wäre andererseits ein großzügig dotiertes Programm, in dessen Rahmen sich Richter aller Ebenen aus Russland ein Bild von der Praxis der Rechtsprechung in Deutschland und Europa machen können.

Es ist höchste Zeit, dem in der Kooperation mit Moskau vernachlässigten Aspekt der Rechtsstaatlichkeit ein

höheres Maß an Aufmerksamkeit zu widmen. Schnelle Erfolge bei der Durchsetzung europäischer Standards in Russland sind freilich nicht zu erwarten. Die politische Glaubwürdigkeit erfordert deshalb auch in Zukunft ein gewisses Maß an Bereitschaft zum öffentlichen Konflikt mit den russischen Partnern. Die deutsche und europäische Politik sind alles andere als machtlos gegenüber den Zumutungen russischer Politik.

Über den Autor

Professor Dr. Heinrich Vogel hat Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft und Osteuropawissenschaften studiert. Derzeit ist er Associate Professor for European Security Studies an der Universität Amsterdam. Von 1976 bis 2000 war er Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, danach bis 2006 Mitglied des Vorstands der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

ANALYSE

Quo vadis deutsch-russische Beziehungen?

Reflexionen eines russischen Germanisten

Wladislaw Below, Moskau

Zusammenfassung

Die deutsch-russischen Beziehungen haben nach wie vor strategischen Charakter. Die jüngste heftige Kritik durch Andreas von Schockenhoff und die kritische Entschließung des Bundestages vom 9. November zum Zustand der Demokratie in Russland haben nicht die erwarteten negativen Auswirkungen auf die bilaterale Zusammenarbeit gehabt. Wie die jüngsten Regierungskonsultationen in Moskau gezeigt haben, sind die beiden Seiten in der Lage und bereit, alle Probleme sowohl auf höchster als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu erörtern. Die Zeit reift für eine kritische Bewertung des vorhandenen Potenzials und für eine Antwort, was unternommen werden kann/muss, um neue informelle Impulse für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden führenden Staaten im Westen und Osten Europas zu geben.

Anstelle eines Vorworts

Die Rohfassung dieses Artikels samt seiner Grundthesen und -prognosen wurde Anfang November dieses Jahres geschrieben. Um den Artikel abzuschließen erschien es interessant, die Ergebnisse der 14. Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen und der Diskussionen im Rahmen des Petersburger Dialogs abzuwarten, die vom 14. bis 16. November 2012 in Moskau stattfanden. Wichtig ist, dass ich nach den Konsultationen an meinen Thesen keine Änderungen vorzunehmen hatte. Meine wichtigste Botschaft an die Öffentlichkeit in Deutschland und Russland bleibt die gleiche: »Es gibt keinerlei Abkühlung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Der ›Schockenhoff-Effekt‹ ist nur kurzfristiger Natur, er wird bald vorübergehen und keinen wesentlichen Einfluss auf den strategischen Cha-

rakter der bilateralen Beziehungen haben. Dass es von deutscher Seite kritische Töne gab, und dass die in der russischen Politik festzustellenden Probleme erörtert werden konnten, belegt nur das hohe Niveau unserer Beziehungen«.

Im Folgenden möchte ich meine Analyse der wichtigsten Beziehungsfelder vorstellen.

Politik

Im außenpolitischen Bereich betreffen die meisten der zwischen Deutschland und Russland erörterten Fragen internationale, und nicht bilaterale Probleme. Zu den wichtigsten Themen zählen derzeit der Nahe Osten, Syrien, Iran und das Raketenabwehrsystem in Europa. Die Position der Regierungen unserer beiden Länder zu diesen Fragen wird natürlich von anderen Beteilig-

ten berücksichtigt. Oft hört oder will der Westen nicht hören, was Russland sagt. Es entsteht der Eindruck, dass viele Scheuklappen im Kopf haben. Es scheint folgende Meinung vorzuherrschen: »Möglich, dass die Position Russlands eine Existenzberechtigung hat, doch halten wir sie gleichwohl für nicht richtig.« Und dann, wenn die negativen Folgen eintreten, auf die die russische Diplomatie zuvor hingewiesen hatte, will niemand sie analysieren. Es reicht, auf den Irak zu schauen: Die Zahl der Zivilisten, die dort nach der groben amerikanischen Einmischung getöteten wurden, erreicht astronomische Ziffern. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird dies auch auf Libyen zutreffen. Ein ähnliches Schicksal erwartet anscheinend auch Syrien. Es sieht so aus, als werde Russland außenpolitisch nicht als erfahrener Akteur betrachtet, der dank der (historischen) Professionalität seiner Diplomaten und Experten (in Bezug auf den Nahen Osten wäre das zum Beispiel Jewgenij Primakow) fähig wäre, diese oder jene Situation richtig und objektiv einzuschätzen. Zu Russland verhält man sich eher wie zu einem Erben imperialer Denkweise, der in verschiedenen Regionen der Welt um jeden Preis über vermeintlich nahestehende Regime seinen Einfluss sichern will. Im Nahen Osten will der Westen nicht bemerken (oder ist möglicherweise nicht in der Lage dazu), dass er selbst bewusst oder unbewusst Opfer der Clanpolitik in den verschiedenen Staaten wird. Ein Beispiel hierfür ist die Politik Katars oder Saudi-Arabiens gegenüber Syrien, die von den Nachbarstaaten wie der Türkei bereitwillig, unter anderem aus religiösen Motiven, unterstützt wird.

Ich denke, die deutsche Diplomatie hat gute Chancen, in einen entideologisierten Dialog mit den Kollegen aus Russland treten, frei von geopolitischen Stereotypen. Dies bedeutete natürlich auch für die Diplomaten in Russland eine gewisse Herausforderung. Unter anderem müssen die multilateralen Mechanismen schleunigst aktiviert werden, vor allem das Weimarer Dreieck. Auch die anderen bestehenden Diskussionsplattformen müssen aktiv weiterentwickelt werden.

Die meisten Probleme gibt es im bestehenden Dialog zur Innenpolitik. Von deutscher Seite erfolgt die Diskussion vor allem entlang von Fragen zur demokratischen Entwicklung Russlands, die aus deutscher Sicht untrennbar mit allen anderen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit verbunden ist. Aus meiner Sicht ist dies ein richtiger, jedoch in vielem theoretischer Ansatz, der oft einer Prüfung in der Praxis nicht standhält. Die realen Prozesse, die sich in meinem Land vollziehen, sind wesentlich komplizierter: Ungeachtet der von den deutschen Diplomaten festgestellten Probleme (die tatsächlich bestehen), kommt die Demokratisierung sowohl der Gesellschaft in Russland, als auch der Politik und der Wirtschaft nicht zum Stillstand – sie geht voran und

nicht zurück. Zu einer Diskussion dieses Themas mit deutschen Kollegen bin ich gern bereit.

Seit August 2012 ist eine neue Entwicklung darin zu sehen, dass sich das politische Establishment und Expertenkreise in Deutschland aktiv in die heftige Kritik an der russischen Führungsspitze einschalten, die zu einer Reihe bekannter Fragen geübt wird. Diese Kritik ist darüber hinaus in offiziellen Erklärungen des Beauftragten der Bundesregierung Dr. Andreas von Schockenhoff formalisiert worden. Zu dieser Entwicklung gehören auch die anschließenden Entschließungsanträge der führenden Bundestagsfraktionen, nach deren Erörterung die bekannte Entschließung angenommen wurde.

Bei der kritischen Wahrnehmung der Wirklichkeit in Russland durch die deutsche Seite ist mir die Position der oppositionellen SPD am nächsten. Die Sozialdemokraten haben in ihrem Antrag vom Oktober 2012 nicht nur die kritischen Punkte in der gegenwärtigen Entwicklung Russlands und in den deutsch-russischen Beziehungen richtig herausgestellt, sondern auch bestimmte Perspektiven für die Lösung der Probleme und die zukünftige Entwicklung aufgezeigt. Im Unterschied hierzu legen die Fraktionen der CDU/CSU und der Grünen das Hauptgewicht darauf, dass Druck auf die Führung Russlands ausgeübt werden müsse, auch auf dem Wege heftiger Forderungen durch das Parlament. Bekanntermaßen führt Druck lediglich zu einer analogen Gegenreaktion: Bereits vor der Ausarbeitung der Entschließung und deren Erörterung im Bundestag haben Mitarbeiter des Außenministeriums in Moskau (die leider ungenannt bleiben wollen) sehr scharf auf die Hauptthesen von Schockenhoff reagiert. Diese wurden dann im Antrag von CDU/CSU und Liberalen im Wesentlichen wiederholt, dessen Inhalt im Unterschied zu den Russlandanträgen der anderen Fraktionen auf der Website des Parlaments lange Zeit nicht zu finden war. Soweit bekannt, hat das Auswärtige Amt nicht wenig vernünftige Anstrengungen unternommen, um die schärfsten Passagen des Papiers abzumildern, das dann als Entschließung vom Bundestag angenommen wurde. Die Vorschläge der Sozialdemokraten haben leider keinen Eingang in die Entschließung gefunden.

An dieser Stelle erlaube ich mir einige Bemerkungen zu den Experten. Anders als in Russland, wo die Zahl derjenigen, die sich mit Fragen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, historischen Entwicklung der BRD beschäftigen, stetig zunimmt (das kann ich anhand der Situation in der Akademie und in der Hochschulbildung beurteilen), ist in Deutschland in Bezug auf die Russische Föderation ein umgekehrter Prozess zu beobachten. Die Gründe für diese Entwicklung möchte ich hier nicht erörtern, doch hat sie unangenehme Folgen: Die Qualität und Quantität der Exper-

tengemeinde, die in Deutschland zu Russland arbeitet, nimmt mit jedem Jahr ab. Die alte Generation glänzender Kenner der UdSSR und Russlands hat sich zur Ruhe gesetzt und übt bereits nicht mehr den früheren Einfluss auf Gesellschaft und Politik aus. Die neue Generation der Russlandexperten zählt wenige Köpfe und ist nicht immer professionell. Die deutschen Politiker und Beamten, die gegenwärtig für die Beziehungen zum sich transformierenden Russland zuständig sind, erhalten nicht mehr jene professionelle beratende Unterstützung, wie es in früheren Jahren der Fall war. Es erfolgt eine Rückkehr zu den Instrumenten und Methoden des vergangenen Jahrhunderts: Erneut gibt es den Wunsch, Leviten zu gelesen, in scharfer Form auf Mängel zu verweisen und Forderungen zu stellen, was für das moderne Russland, wie übrigens auch für jedes andere Mitglied der internationalen Gemeinschaft, nicht hinnehmbar ist. Natürlich ist die Wahrnehmung kritischer Meinungen der internationalen Partner und deren anschließende Erörterung unerlässlich. Doch sollte sich Kritik in den Rahmen eines zivilisierten und intellektuellen Dialogs fügen, der auf eine gegenseitige konstruktive Erörterung der anstehenden Themen und Fragen gerichtet ist. Einen anderen Weg gibt es nicht und kann es nicht geben. Unsere Staaten – die Regierungen wie auch die Vertreter der Zivilgesellschaft – verfügen über die nötigen Möglichkeiten dazu. Die jüngsten Konsultationen und Diskussionen Mitte November 2012 in Moskau belegen das.

Wirtschaft

Die Wirtschaft ist nach wie vor die Grundlage unserer Beziehungen und das laufende Jahr ist ein Beweis. Das bilaterale Handelsaufkommen soll 2013 erneut Rekordwerte erreichen. Nach meinen Schätzungen könnte es 83 bis 85 Milliarden Euro betragen, gegenüber 75 Milliarden im Jahr 2011. Die deutsche Wirtschaft geht immer aktiver in die Regionen Russlands, tätigt neue Investitionen und baut die bestehende Produktionskapazitäten aus. In der Regel folgen die deutschen Unternehmer dem Modell der »sozialen Verantwortung«, sowohl den eigenen Mitarbeitern gegenüber als auch dem lokalen Umfeld.

Ungeachtet der relativ großen Zahl deutscher Unternehmen in der Russischen Föderation – es sind über 6.300 Unternehmen, die insgesamt in 80 der 83 Regionen vertreten sind! – bleiben die Märkte in Russland für die meisten Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmen aus der Bundesrepublik trotzdem unverständlich und intransparent. Die Deutsch-Russische Außenhandelskammer, das Deutsch-Russische Forum, der Ost- und Mitteleuropa Verein, der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, die Industrie- und Handelskam-

mern der Bundesländer sowie Anwalts- und Consulting-Firmen führen in Russland und Deutschland Dutzende Veranstaltungen durch, um die Chancen und Möglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen in der Russischen Föderation aufzuzeigen. Dennoch ist leider noch kein qualitativer oder quantitativer Durchbruch in diesem Bereich auszumachen: Die kleinen und mittleren Unternehmen bleiben in Bezug auf Russland ein scheues Reh... Aus meiner Sicht geht es hier weniger um die realen Risiken und Gefahren – diese bestehen zwar, sind aber auch, wie die Erfahrungen der deutschen Business-Community in Russland zeigen, durchaus handhabbar und überwindbar. Der Grund liegt vielmehr in jenem negativen Bild, das die Vertreter des Mittelstandes tagtäglich aus den deutschen Medien erhalten. Das Reh ist ein schönes, aber doch ein scheues Geschöpf.

Eine nicht weniger wichtige und gleichzeitig höchst komplizierte Aufgabe besteht darin, die Vertreter der russischen kleinen und mittleren Unternehmer vor Ort in die Kooperation mit den deutschen Firmen einzubeziehen, unter anderem bei der Wahl der Produktionsstandorte. Diese Aufgabe ist bislang ungelöst und verlangt nach einer weiteren Erörterung auf allen Ebenen. Unter anderem sollte dies im Rahmen der Zusammenarbeit mit der *Agentur für strategische Initiativen* (ASI) unternommen werden, einem Thinktank, der 2011 auf Betreiben von Präsident Putin gegründet wurde und in Deutschland kaum bekannt ist. Er wird von Vertretern des russischen Mittelstandes geleitet, die in Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen 22 Roadmaps zur Entbürokratisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Russland entwerfen. Es verwundert, dass die deutsche Seite dieser Struktur immer noch nicht die angemessene Aufmerksamkeit entgegenbringt, obwohl die ersten Roadmaps – gegen den heftigen Widerstand der Bürokratie – bereits ausgearbeitet und verabschiedet wurden und durch erste Maßnahmen umgesetzt werden.

An dieser Stelle einige Worte zur berühmt-berühmten Modernisierung. Mir erscheint die Diskussion, ob diese nun von oben, von unten oder von der Seite zu erfolgen habe, sinnlos. Sie muss von allen Seiten und in allen Bereichen gleichzeitig erfolgen. Wo sie dann schneller, tiefgreifender oder besser voranschreiten wird, hängt von vielen Faktoren ab. Wichtig ist, dass der Prozess nicht still steht, sondern sich weiterentwickelt. Jede Modernisierung, ich betone: jede (sei sie nun politischer, technologischer oder anderer Art), führt so oder so zur Entstehung und Entwicklung von Demokratie. Aber dies ist natürlich ein eigenes Diskussionsthema. Ich möchte hier lediglich eine These herausstellen, die auf der Hand liegt: Die Entwicklung konkurrenzfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen als wichtigs-

ter Komponente der technologischen Modernisierung bedeutet einen direkten Weg zu wachsender politischer Konkurrenz. Einer Konkurrenz, die auf dem Bedürfnis der Eigentümer gründet, die eigenen persönlichen und wirtschaftlichen Interessen durch eine Vertretung in bestehenden oder neuen Parteibildungen wahrzunehmen. Je mehr die bilaterale Zusammenarbeit ein »Gründerwesen« in der Russischen Föderation befördert, desto größer wird ihr Beitrag zur demokratischen Entwicklung von Staat und Gesellschaft sein.

Wichtig ist auch, dass Firmen aus Russland weiterhin in die deutsche Wirtschaft investieren, wenn auch Tempo und Umfang der russischen Investitionen hinter den deutschen zurückbleiben dürften. Hier ergibt sich ein umgekehrtes Bild: Die Medien in Russland verhalten sich Deutschland gegenüber überaus freundlich. Eine positive Rolle spielen hier die German Trade and Invest (GTAI) und die Vertretungen der Bundesländer in Russland, vor allem die Bayerns. Ihre Tätigkeit in den Regionen Russlands sollte meiner Ansicht nach jedoch aktiver und »aggressiver« sein – sie könnten einen noch bedeutenderen Beitrag für die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit leisten.

Nach dem WTO-Beitritt Russlands muss die Ausarbeitung eines neuen Abkommens mit der Europäischen Union vorangetrieben werden. Diese Frage ist bei den deutsch-russischen Konsultationen im November leider außen vor geblieben oder zumindest nicht öffentlich erörtert worden.

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Hier ist das Niveau der Zusammenarbeit allseits zu loben. Das Deutsch-Russische Jahr der Bildung, Wissenschaft und Innovation von Mai 2011 bis Mai 2012 ist erfolgreich verlaufen. Es gibt gute Ergebnisse. So wurde zum Beispiel eine Weiterfinanzierung von vier Innovationsplattformen beschlossen sowie eine Arbeitsgruppe zur Berufsbildung und für internationale Hospitationen gebildet. Es hätte wohl mehr erreicht werden können, aber: Nobody is perfect! Bemerkenswert ist, dass eine Reihe dieser Entscheidungen während der Regierungskonsultationen im November 2012 bekräftigt wurden. Die Zusammenarbeit zwischen jungen Wissenschaftlern entwickelt sich dynamisch. Eines der wenigen Defizite in diesem Kooperationsbereich ist allenfalls in der geringen Aufmerksamkeit durch die Medien zu sehen.

Andere Bereiche

Die deutsch-russischen Beziehungen sind seit langem über den Bereich der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinausgewachsen. Eine Vielzahl informeller Verbindungen zwischen Regionen, Städ-

ten (besonders den Partnerstädten) entwickelt sich weiter, der Schüler- und Studentenaustausch nimmt mit jedem Jahr zu, der Kulturaustausch wird ausgeweitet, immer mehr Menschen aus Russland wollen den Bundesländern einen Besuch abstatten. Gegenwärtig findet in Russland das Deutschlandjahr statt, dem ein Russlandjahr in der Bundesrepublik folgen wird. An diese Veranstaltungen sind viele Erwartungen geknüpft.

Ohne die Visumsbeschränkungen wäre die Zahl der gemeinsamen Projekte und der daran Beteiligten sowie der Reisen gewöhnlicher Bürger erheblich höher. Die Situation soll sich jedoch – den Worten Merkels zu Folge – mit dem Januar 2013 ändern, wenn ein eigenes Zentrum für konsularische Leistungen gegründet wird, das mit einer Auslagerung von Dienstleistungen arbeiten soll. Das ändert natürlich nichts am Visumszwang, doch sollte es den Prozess wesentlich vereinfachen. Soweit mir bekannt ist, werden auch bei den russischen Botschaften in Deutschland ähnliche Mechanismen eingeführt. Dies sollte auch den Bürgern Deutschlands, die Russland besuchen wollen, »das Leben erleichtern«.

Anstelle eines Schlusswortes

Zusammenfassend einige Bemerkungen zum Dialog zwischen Deutschland und Russland. Jedes Jahr finden nicht nur in den Haupt- und Großstädten, sondern auch in anderen Regionen Hunderte bilateraler Konferenzen, Seminare, Runder Tische zu verschiedensten Themen statt. Eine wichtige Rolle spielen hier die deutschen politischen und anderen Stiftungen und Organisationen (bisher hat sich keine von ihnen über Probleme beklagt, die durch das neue Gesetz über »ausländische Agenten« für ihre Arbeit entstanden wären). Es ist zu beachten, dass die Erfahrungen Deutschlands bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft, dem Aufbau des politischen und des Parteiensystems, der Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft, der Transformation der Kommandowirtschaft, im Bereich der sozialen Verantwortung der Wirtschaft, der Energieeffizienz, der Regionalpolitik, dem Bürokratieabbau, der Korruptionsbekämpfung usw. nach wie vor bei den Menschen in Russland gefragt sind. Nicht wenige interessante Ideen, die auf gemeinsamen Veranstaltungen anklingen, werden anschließend in die Praxis umgesetzt. Und auch die deutschen Teilnehmer der Diskussionsplattformen und gemeinsamen Projekte entdecken zunehmend etwas Neues und Nützliches für sich selbst.

Daher darf keineswegs von einer Kürzung gemeinsamer Projekte die Rede sein, selbst dann nicht, wenn sie angeblich ineffizient sind. Beide Seiten müssen sich allenthalben für eine Ausweitung des Dialogs auf den unterschiedlichsten Plattformen einsetzen und möglichst für die Schaffung neuer Plattformen sorgen. Es

besteht in beiden Ländern ein Bedürfnis danach und die Bereitschaft hierzu. Wichtig ist jedoch, dass die Ergebnisse der meisten Diskussionen und insbesondere deren Inhalte der Öffentlichkeit zugänglich sind. Dafür haben

die Organisatoren Sorge zu tragen. Es würde die Produktivität und Ergiebigkeit drastisch erhöhen.

*Moskau, 17. November 2012
Übersetzung: Hartmut Schröder*

Über den Autor

Wladislaw Below ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Leiter der Abteilung Länder- und Regionalstudien und Leiter des Zentrums für Deutschlandstudien des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Lesetipps:

- Below, Wladislaw: Die Beziehungen zwischen der EU, Russland und der NATO – aktuelle Prozesse und Perspektiven, in: IV. Zukunftsforum Schloss Wackerbarth »Die Zukunft deutsch-russisch-usbekischer Energie-, Außen- und Sicherheitspolitik«, 8.–10. Juni 2011, S. 122–128. http://www.kas.de/wf/doc/kas_31109-1522-1-30.pdf?120525161950
- Below, Wladislaw: Öffentliche Diskussion stürmisch, aber kurz. Das föderale Gesetz der Russischen Föderation N 121-FS im Visier. Eine Analyse von Dr. Vladislav Below, in: Deutsch-Russisches Forum: Info-Bulletin 4, August 2012, S. 14–16. http://www.deutsch-russisches-forum.de/fileadmin/image_archive/infobriefe/IB_04_2012.pdf

DOKUMENTATION

Materialien zur deutschen Russlanddebatte im Herbst 2012

Reden der Bundeskanzlerin

- Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Jubiläumsveranstaltung »60 Jahre Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft«. Fr, 26.10.2012, <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2012/10/2012-10-25-merkel-60-jahre-ostausschuss.html?nn=74420>, 28.10.2012
- Ansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen des Abschlussplenums des »Petersburger Dialogs«. Mo, 19.11.2012 in Moskau, <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2012/11/2012-11-16-rede-petersberger-dialog.html?nn=74420>, 26.11.2012

Die Bundestagsdebatte

- Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 199. Sitzung. Berlin, Freitag, den 19. Oktober 2012, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17199.pdf>, 30.11.2012
- Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 205. Sitzung. Berlin, Freitag, den 9. November 2012, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17205.pdf>, 14.11.2012
- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7541 – Rechtsstaatlichkeit in Russland. Deutscher Bundestag Drucksache 17/9521 17. Wahlperiode 02. 05. 2012. Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 2. Mai 2012 übermittelt. Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/095/1709521.pdf>, 23.10.2012
- Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Agnes Brugger, Viola von Cramon-Taubadel, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Modernisierung Russlands ohne Rechtsstaatlichkeit. Deutscher Bundestag Drucksache 17/11002. 17. Wahlperiode 17. 10. 2012, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/110/1711002.pdf>, 23.10.2012

- Antrag der Fraktion der SPD: Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen – Rückschläge überwinden – Neue Impulse für die Partnerschaft setzen. Deutscher Bundestag Drucksache 17/11005. 17. Wahlperiode 16. 10. 2012, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/110/1711005.pdf>, 23.10.2012
- Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken. Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode 06. 11. 2012. Drucksache 17/11327, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711327.pdf>, 9.11.2012

Kommentare

- Stewart, Susan: Prämissen hinterfragen. Plädoyer für eine Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik (= SWP-Aktuell 50), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2012, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A50_stw.pdf
- Adomeit, Hannes: German-Russian Relations: Balance Sheet since 2000 and Perspectives until 2025. Note du Cerfa n°98, octobre 2012, <http://www.ifri.org/index.php?page=contribution-detail&id=7387&lang=uk>
- Directorate-General for External Policies. Policy Department: Key Aspects of Russia's Current Foreign and Security Policy. DG EXPO-Policy Briefing. DG EXPO/B/PolDep/Note/2012_313. PE 491.446, October 2012 <http://www.europarl.europa.eu/committees/en/studiesdownload.html?languageDocument=EN&file=76552>
- CDU-Abgeordneter Schockenhoff: »Wo es Meinungsunterschiede gibt, muss man darüber reden«. 14:51 31/10/2012, RIA-Novosti-Interview mit Andreas Schockenhoff <http://de.ria.ru/opinion/20121031/264845404.html>
- Meister, Stefan: Deutsche Russland-Politik, in: Internationale Politik, 2012, Nr. 6 (November/Dezember), S. 54–59, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/getFullPDF/22525>, 05.11.2012
- Westerwelle, Guido: Wir sollten Putin beim Wort nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.11.2012.
- Ivanov, Igor S.: Need for Europe–Russia institutional integration. Without a fundamental reset, relations between Russia and Europe will continue to decay, eventually becoming characterised by benign neglect. Special to Gulf News. Published: 20:00 November 25, 2012, <http://gulfnnews.com/opinions/columnists/need-for-europe-russia-institutional-integration-1.1109828>, 26.11.2012
- Eppler, Erhard: Deutsch-russische Beziehungen Bescheidenheit könnte uns nicht schaden, <http://www.sueddeutsche.de/politik/deutsch-russische-beziehungen-bescheidenheit-koennte-uns-nicht-schaden-1.1532720>, 26.11.2012
- Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies: Europa und Russland brauchen einander. 11:08 26/11/2012, MOSKAU, 26. November (RIA Novosti), <http://de.ria.ru/politics/20121126/265009096.html>.

Aktuelle Umfragen

- DW-Trend zum deutsch-russischen Verhältnis. Fokus Osteuropa, <http://www.dw.de/dw-trend-zum-deutsch-russischen-verh%C3%A4ltnis/a-16374795>, 16.11.2012

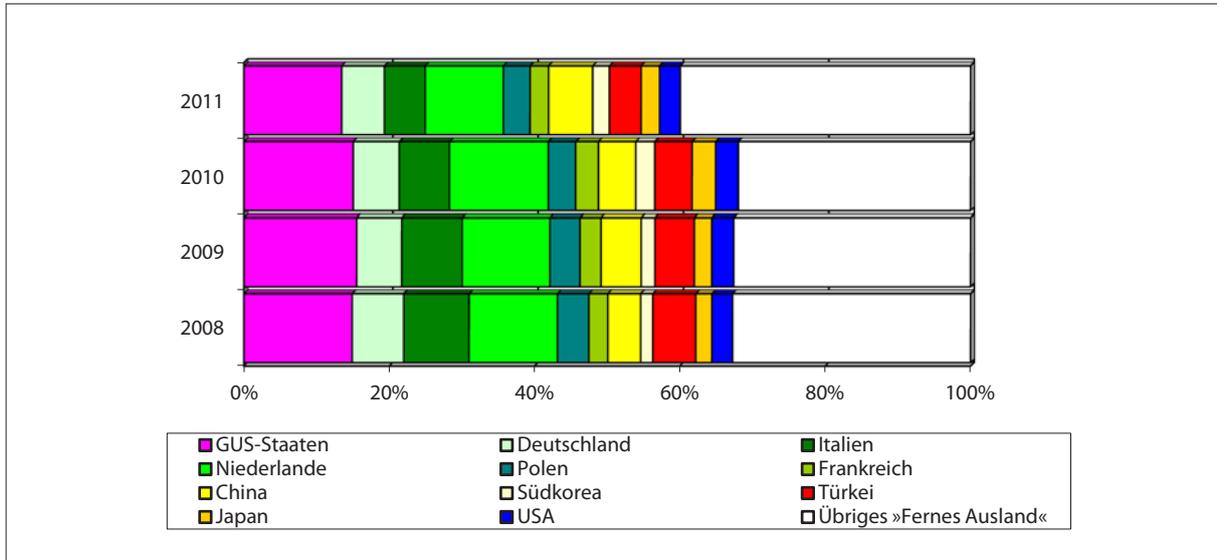
Liste deutsch-russischer Städtepartnerschaften

Es bestehen **91 Städtepartnerschaften** zwischen Deutschland und Russland (Stand von April 2011). Ferner gibt es **26 deutsch-russischen Städtefreundschaften** (Stand Januar 2010); schließlich existieren **Partnerschaften zwischen deutschen Bundesländern und russischen Föderationssubjekten**. Abgesehen vom Saarland und von Bremen hat jedes Bundesland Beziehungen zu einem oder mehreren Föderationssubjekten in Russland. Die Listen sind einsehbar beim Deutsch-Russischen Forum: Infozentrale Städtepartnerschaften und regionale Kooperationen, unter: <http://www.deutsch-russisches-forum.de/index.php?id=47>.

Deutsch-russische Beziehungen in Zahlen

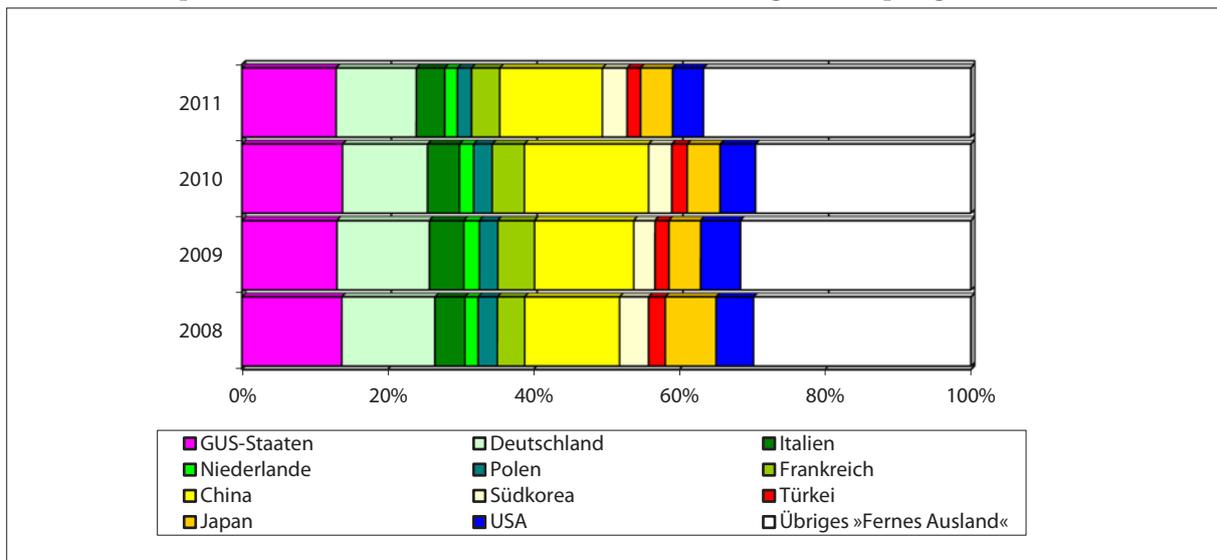
Wirtschaftsbeziehungen

Grafik 1: Exporte der Russischen Föderation 2008–2011 (Verteilung nach Empfängerländern)



Quelle: Angaben von Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-dz.xls, 27.11.2012; http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-sng.xls, 27.11.2012

Grafik 2: Importe der Russischen Föderation 2008–2011 (Verteilung nach Empfängerländern)



Quelle: Angaben von Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-dz.xls, 27.11.2012; http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-sng.xls, 27.11.2012

Tabelle 1: Außenhandel der Russischen Föderation 2008–2011
(in laufenden Preisen, Mio. US\$, Angaben der russischen Zollstatistik)

	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	in Mio. US Dollar				in % zum Gesamtex- bzw. Import			
Export aus Russland								
Insgesamt	467.581	301.667	396.644	581.393	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
GUS-Staaten	69.656	46.811	59.685	78.260	14,9 %	15,5 %	15,0 %	13,5 %
darunter:								
Ukraine	23.567	13.836	23.143	30.510	5,0 %	4,6 %	5,8 %	5,2 %
Fernes Ausland	397.925	254.856	336.959	503.133	85,1 %	84,5 %	85,0 %	86,5 %
darunter:								
Deutschland	33.164	18.710	25.103	34.173	7,1 %	6,2 %	6,3 %	5,9 %
Italien	41.999	25.100	27.404	32.582	9,0 %	8,3 %	6,9 %	5,6 %
Niederlande	56.973	36.407	53.963	62.567	12,2 %	12,1 %	13,6 %	10,8 %
Polen	20.194	12.503	14.936	21.369	4,3 %	4,1 %	3,8 %	3,7 %
Frankreich	12.201	8.726	12.437	14.857	2,6 %	2,9 %	3,1 %	2,6 %
China	21.142	16.687	20.325	35.241	4,5 %	5,5 %	5,1 %	6,1 %
Südkorea	7.789	5.664	10.435	13.356	1,7 %	1,9 %	2,6 %	2,3 %
Türkei	27.655	16.377	20.367	25.429	5,9 %	5,4 %	5,1 %	4,4 %
Japan	10.327	7.251	12.835	14.701	2,2 %	2,4 %	3,2 %	2,5 %
USA	13.357	9.132	12.419	16.604	2,9 %	3,0 %	3,1 %	2,9 %
Übriges »Fernes Ausland«	153.124	98.300	126.735	232.254	32,7 %	32,6 %	32,0 %	39,9 %
Import nach Russland								
Insgesamt	267.101	167.348	229.045	342.754	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
GUS-Staaten	36.607	21.818	31.606	44.300	13,7 %	13,0 %	13,8 %	12,9 %
darunter:								
Ukraine	16.254	9.131	14.044	20.121	6,1 %	5,5 %	6,1 %	5,9 %
Fernes Ausland	230.494	145.530	197.439	298.454	86,3 %	87,0 %	86,2 %	87,1 %
darunter:								
Deutschland	34.115	21.229	26.714	37.676	12,8 %	12,7 %	11,7 %	11,0 %
Italien	11.002	7.891	10.044	13.401	4,1 %	4,7 %	4,4 %	3,9 %
Niederlande	4.817	3.589	4.442	5.924	1,8 %	2,1 %	1,9 %	1,7 %
Polen	7.060	4.214	5.825	6.651	2,6 %	2,5 %	2,5 %	1,9 %
Frankreich	10.015	8.431	10.118	13.276	3,7 %	5,0 %	4,4 %	3,9 %
China	34.780	22.795	39.036	48.264	13,0 %	13,6 %	17,0 %	14,1 %
Südkorea	10.594	4.866	7.273	11.593	4,0 %	2,9 %	3,2 %	3,4 %
Türkei	6.146	3.216	4.879	6.374	2,3 %	1,9 %	2,1 %	1,9 %
Japan	18.586	7.252	10.301	15.004	7,0 %	4,3 %	4,5 %	4,4 %
USA	13.790	9.170	11.135	14.601	5,2 %	5,5 %	4,9 %	4,3 %
Übriges »Fernes Ausland«	79.589	52.877	67.673	125.690	29,8 %	31,6 %	29,5 %	36,7 %

Quelle: Angaben von Rosstat http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-dz.xls, 27.11.2012; http://www.gks.ru/free_doc/new_site/vnesh-t/vnt-sng.xls, 27.11.2012

Tabelle 2: Deutsche Statistiken zum Handel mit Russland

Ausfuhr / Export aus Deutschland (in Tsd. Euro)						
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	in 1 000 Euro			Veränderung zum Vorjahr in %		
Gesamter Export	803.311.845	951.959.469	1.061.225.291	-18,4 %	18,5 %	11,5 %
Nach Russland (in Tsd. Euro)	20.620.899	26.354.293	34.458.754	-36,2 %	27,8 %	30,8 %
Nach Russland (in %)	2,6 %	2,8 %	3,2 %			
Einfuhr / Import nach Deutschland (in Tsd. Euro)						
	in 1 000 Euro			Veränderung zum Vorjahr in %		
Gesamter Import	664.614.892	797.096.855	902.522.833	-17,5 %	19,9 %	13,2 %
Aus Russland (in Tsd. Euro)	25.187.825	31.840.174	40.886.211	-32,1 %	26,4 %	28,4 %
Nach Russland (in %)	3,8 %	4,0 %	4,5 %			

Quelle: Statistisches Bundesamt: Zusammenfassende Übersicht für den Außenhandel (endgültige Ergebnisse) – Fachserie 7, Reihe 1, Jahr 2011. Erschienen am 21.11.2012, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJendgueltig2070100117005.xls?__blob=publicationFile.

Tabelle 3: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2011

Rang	Ausfuhr		Einfuhr		Umsatz	
	Land	in 1 000 Euro	Land	in 1 000 Euro	Land	in 1 000 Euro
1	Frankreich	101.444.272	Niederlande	81.804.334	Frankreich	167.392.567
2	USA	73.775.640	China	79.528.166	Niederlande	151.227.139
3	Niederlande	69.422.805	Frankreich	65.948.295	China	144.391.308
4	Vereinigtes Königreich	65.569.661	USA	48.531.463	USA	122.307.103
5	China	64.863.142	Italien	47.843.501	Vereinigtes Königreich	110.310.386
6	Italien	62.043.599	Vereinigtes Königreich	44.740.725	Italien	109.887.100
7	Österreich	57.670.869	Russland	40.886.211	Österreich	94.699.227
8	Schweiz	47.875.183	Belgien	38.327.655	Belgien	85.303.906
9	Belgien	46.976.251	Österreich	37.028.358	Schweiz	84.871.648
10	Polen	43.502.675	Schweiz	36.996.465	Polen	75.808.034
11	Spanien	34.811.100	Tschechien	32.684.221	Russland	75.344.965
12	Russland	34.458.754	Polen	32.305.359	Tschechien	63.508.704

Quelle: Angaben des Statistischen Bundesamtes, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJvorlaeufig.html>, 16.11.2012, Tabelle 1.6

Tabelle 4: Russische Investitionen im Ausland 2004–2011 (geographische Verteilung)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	1.1.2004–1.1.2011	
									Absolut	in %
Insgesamt	33.772.511,7	31.128.018,6	51.978.156,8	74.630.425,1	114.284.117,0	82.895.403,7	96.222.050,4	151.673.434,8	636.584.118,3	100,0 %
Schweiz	1.350.881,2	2.346.727,6	3.333.242,6	4.563.222,6	45.994.124,0	34.876.646,4	40.760.826,2	49.352.536,7	182.578.207,4	28,7 %
Österreich	63.882,2	4.263.040,0	12.970.329,0	10.371.575,1	15.548.933,1	10.715.972,3	13.806.203,5	21.271.946,2	89.011.881,3	14,0 %
USA	10.330.336,5	13.345.335,2	18.240.511,5	22.795.859,9	5.262.023,7	1.507.166,7	692.145,5	1.459.693,3	73.633.072,3	11,6 %
Zypern	7513.051,5	1.077.936,3	2.686.061,6	9.230.439,4	15.519.606,8	5.955.618,2	7.148.199,8	19.951.206,8	69.082.120,5	10,9 %
Niederlande	98.011,8	31.507,0	735.298,3	6.874.473,5	8.368.133,6	10.716.604,8	7.759.295,0	10.773.772,8	45.357.096,8	7,1 %
Deutschland	1.858.250,6	3.146.782,5	3.189.912,7	7.311.376,9	1.430.957,1	1.127.722,1	4.658.245,1	5.759.059,6	28.482.306,6	4,5 %
Belarus	280.193,3	102.437,8	572.328,5	1.314.092,0	5.945.950,6	6.542.487,7	4.125.439,6	9.231.893,1	28.114.822,6	4,4 %
Großbritannien	2.969.125,9	490.468,5	2.005.531,0	1.890.177,7	5.143.104,3	1.777.568,2	4.822.954,2	7.042.395,1	26.141.324,8	4,1 %
Virgin Islands (britisch)	3.630.255,4	3.194.317,1	722.275,1	5.082.615,1	1.994.600,7	1.094.715,6	3.205.963,0	3.443.840,8	22.368.582,7	3,5 %
Ukraine	194.315,9	155.176,4	3.001.326,1	513.579,5	2.397.847,0	1.565.960,1	1.393.112,5	809.942,8	10.031.260,3	1,6 %
Kasachstan	84.103,8	204.313,6	189.230,6	445.067,6	762.159,0	388.740,4	1.205.872,7	1.926.048,6	5.205.536,3	0,8 %
St. Kitts und Nevis		452,0	520,0	9.432,0	6.408,0		2.964,4	4.590.948,7	4.610.725,1	0,7 %
Luxemburg	122.700,3	61.000,0	1.012.415,6	501.851,5	52.317,1	415.976,3	356.877,1	1.785.366,7	4.308.504,6	0,7 %
China	1.544.747,3	211.721,8	81.359,0	120.707,6	336.334,7	401.129,5	149.699,5	688.794,2	3.534.493,6	0,6 %
Singapur	542,0	1.761,1	1.392,6	619,0	1.620,7	22.264,6	487.222,0	2.798.858,0	3.314.280,0	0,5 %
Finnland	73.457,0	153.304,2	109.666,9	42.984,6	247.167,7	202.283,5	808.020,5	848.689,3	2.485.573,8	0,4 %
Bermuda (britisch)					522.294,0	877.599,8	437.880,1	631.900,5	2.469.674,4	0,4 %
Island	70,0	4.820,9	1.869,1	11.975,6	2.036,6	49.342,1	414.549,1	1.836.999,2	2.321.662,6	0,4 %
Litauen	1.316.071,5	1.922,6	21.665,6	19.154,0	157.136,0	146.477,9	122.114,3	131.509,6	1.916.051,4	0,3 %
Isle of Man	969.713,3	610.679,0	122.535,3						1.702.927,6	0,3 %
Gibraltar	171.593,7	136.048,5	197.641,2	26.290,9	12.657,2	1.008.765,9	3.003,1	95,0	1.556.095,5	0,2 %
Türkei	7.982,3	7.768,4	7.437,5	117.175,3	101.188,1	67.002,4	114.258,4	1.088.091,0	1.510.903,4	0,2 %

Quelle: <http://www.fedstat.ru/indicator/data.do>; Datenbankabfrage: Napravleno investizij is Rossii sa rubesh – usego (fyjsjatscha dollarow). 08.09.2012; 1.000 US Dollar, die 22 größten Empfänger russischer Investitionen, sortiert nach Höhe der akkumulierten Investitionen 2004–2011.

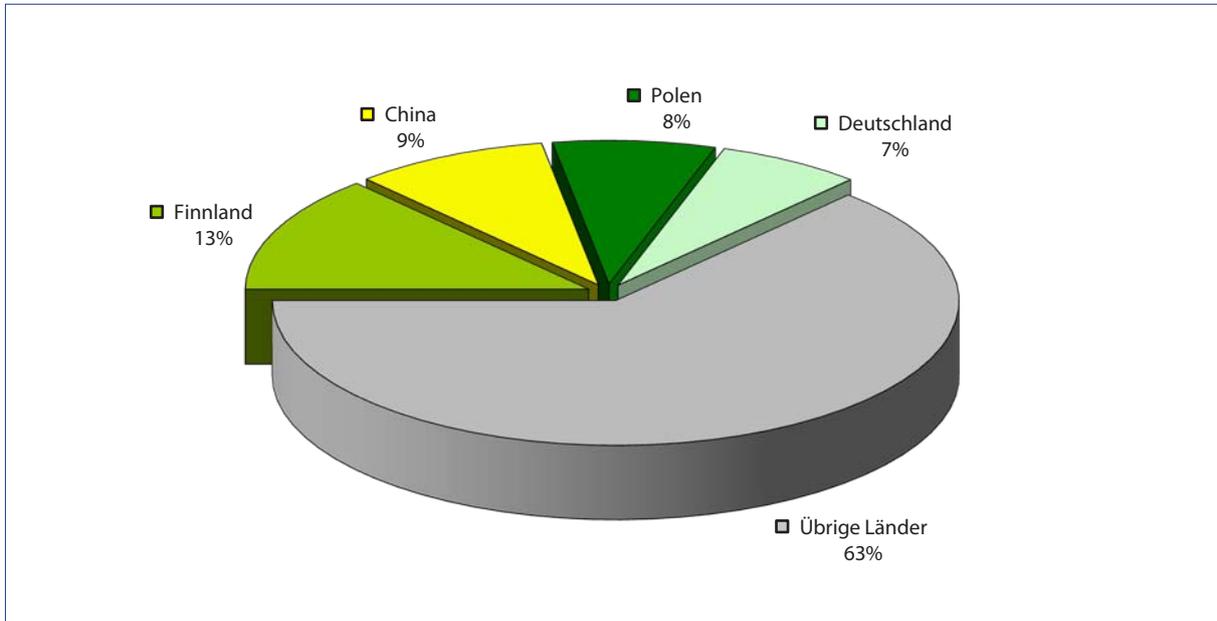
Tabelle 5: Ausländische Investitionen in Russland 2004–2011 (geographische Verteilung)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	1.1.2004–1.1.2011	
									Absolut	in %
Insgesamt	40.508.891,2	53.651.046,6	55.109.097,1	120.941.218,8	103.768.916,8	81.927.265,5	114.746.003,3	190.643.353,0	761.295.792,2	100,0 %
Großbritannien	6.987.991,0	8.587.567,4	7.021.845,2	26.328.089,3	14.940.423,3	6.421.040,8	40.770.064,6	13.103.826,3	124.160.847,8	16,3 %
Schweiz	1.558.446,1	2.013.677,0	2.046.687,3	5.339.627,5	3.061.939,9	3.585.515,4	4.678.767,2	91.826.980,3	114.111.640,6	15,0 %
Zypern	5.473.341,5	5.115.547,9	9.851.403,8	20.653.922,7	19.857.126,7	8.286.212,3	9.002.569,1	20.268.358,2	98.508.482,3	12,9 %
Niederlande	5.107.475,1	8.897.505,9	6.595.207,6	18.750.756,8	14.542.067,1	11.639.795,8	10.695.951,3	16.816.840,0	93.045.599,7	12,2 %
Luxemburg	8.430.725,1	13.840.650,4	5.907.592,4	11.515.524,0	7.072.899,9	11.722.652,5	5.373.904,6	4.681.640,3	68.545.589,1	9,0 %
Deutschland	1.733.141,7	3.010.067,8	5.002.365,9	5.054.980,6	10.714.871,4	7.366.328,0	10.435.132,3	10.264.362,4	53.581.250,0	7,0 %
Frankreich	2.332.485,9	1.428.406,3	3.038.597,6	6.696.396,5	6.156.560,6	2.490.609,2	3.702.294,7	4.353.345,3	30.198.696,1	4,0 %
China	143.945,1	127.276,8	366.762,0	301.927,4	401.923,9	9.756.519,4	7.631.376,0	1.887.516,7	20.617.247,2	2,7 %
Virgin Islands (britisch)	804.613,1	1.211.125,4	2.054.226,6	2.140.201,1	3.528.858,1	1.792.420,9	2.383.357,8	2.083.128,1	15.997.931,1	2,1 %
USA	1.849.594,5	1.554.378,3	1.640.518,8	2.839.152,3	2.772.776,1	1.711.931,2	1.297.887,0	1.730.266,2	15.396.504,3	2,0 %
Irland	362.413,0	595.247,3	986.133,7	5.175.244,8	2.903.172,0	747.875,3	2.556.415,1	2.033.024,2	15.359.525,3	2,0 %
Belarus	292.215,3	447.135,0	623.722,6	955.771,7	2.141.494,7	1.542.441,8	1.939.135,3	3.093.507,8	11.035.424,1	1,4 %
Österreich	811.230,5	1.056.861,2	1.084.924,3	1.396.206,3	1.872.482,4	935.640,3	1.104.789,6	2.313.713,1	10.575.847,7	1,4 %
Kasachstan	438.977,4	732.787,9	1.116.110,8	1.468.720,3	1.258.989,4	768.123,9	1.495.002,8	2.408.546,4	9.687.258,9	1,3 %
Japan	153.333,3	165.206,8	694.536,2	484.097,8	864.035,2	3.020.049,7	1.108.579,0	1.243.308,0	7.733.146,1	1,0 %
Schweden	226.806,2	474.633,9	759.909,1	1.182.037,9	1.139.216,7	1.155.209,9	833.737,2	1.240.162,0	7.011.712,9	0,9 %
Finnland	302.422,1	354.804,6	467.328,4	1.013.948,9	1.311.427,1	1.300.589,3	725.555,4	1.045.694,3	6.521.770,1	0,9 %
Republik Korea	44.664,2	46.119,9	280.384,9	265.380,1	829.972,0	1.280.286,2	1.901.358,3	1.542.885,8	6.191.051,4	0,8 %
Bahamas	448.403,6	729.909,9	665.361,0	416.189,2	532.315,9	669.853,7	836.596,9	968.843,5	5.267.473,7	0,7 %
Ukraine	140.801,6	232.870,5	704.952,6	1.468.974,6	689.439,7	300.846,5	578.219,1	672.320,2	4.788.424,8	0,6 %
Indien	233.773,6	358.156,7	566.512,2	261.779,0	334.795,2	398.748,9	628.342,6	739.846,6	3.521.954,6	0,5 %
Belgien	321.085,6	270.910,3	137.594,0	371.428,6	493.634,8	732.731,9	571.569,5	446.145,0	3.345.099,7	0,4 %

Quelle: Angaben von Rosstat, <http://www.fedstat.ru/indicator/data.do>, Datenbankabfrage: Postupilo prjamyh investizij w Rossiju is-sa rubežas, 08.09.2012; in 1.000 US Dollar; die 22 Länder mit dem höchsten Investitions aufkommen, sortiert nach Höhe der akkumulierten Investitionen 2004–2011.

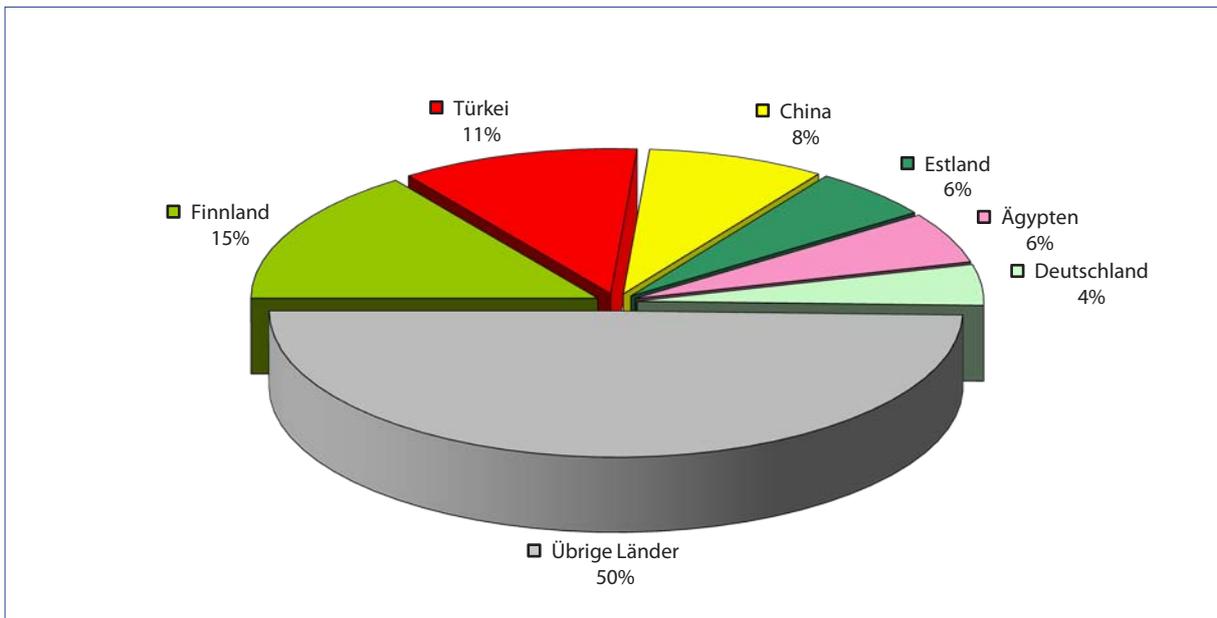
Touristen und Migranten

Grafik 3: Einreisen von Staatsbürgern aus dem »fernen Ausland« nach Russland 2011 (ohne Staatsbürger von GUS-Ländern)



Ausschnitt aus: *Russland in Zahlen - 2012 (Rossija w zifrach – 2012g.)*, Rosstat, http://www.gks.ru/bgd/regl/b12_11/IssWWW.exe/Stg/d1/10-12.htm.

Grafik 4: Anzahl der Reisen russischer Staatsbürger ins »ferne Ausland« 2011 (ohne GUS)



Ausschnitt aus: *Russland in Zahlen - 2012 (Rossija w zifrach – 2012g.)*, Rosstat, http://www.gks.ru/bgd/regl/b12_11/IssWWW.exe/Stg/d1/10-13.htm.

Tabelle 6: Russland: Nationale Zusammensetzung der russischen Bevölkerung nach der Volkszählung 2010

	Städtische und Dörfliche Bevölkerung			Städtische Bevölkerung			Dörfliche Bevölkerung		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung	142.856.536	66.046.579	76.809.957	105.313.773	48.117.546	57.196.227	37.542.763	17.929.033	19.613.730
Davon Deutsche	394.138	190.978	203.160	223.984	107.625	116.359	170.154	83.353	86.801
in % der Gesamtbevölkerung	0,3 %	0,3 %	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,2 %	0,5 %	0,5 %	0,4 %

Quelle: Angaben von Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/new_site/perepis2010/croc/perepis_itogi1612.htm.

Tabelle 7: Deutschland: Ausländische Bevölkerung 2004 bis 2011 nach Staatsangehörigkeit (auf Basis des Ausländerzentralregisters; die 15 wichtigsten Länder sowie die Bürger von GUS-Staaten)

Staatsangehörigkeit	2008	2009	2010	2011	
				absolut	in %
Türkei	1.688.370	1.658.083	1.629.480	1.607.161	23,2 %
Italien	523.162	517.474	517.546	520.159	7,5 %
Polen	393.848	398.513	419.435	468.481	6,8 %
Griechenland	287.187	278.063	276.685	283.684	4,1 %
Kroatien	223.056	221.222	220.199	223.014	3,2 %
Serbien (mit und ohne Kosovo)	136.152	164.942	179.048	197.984	2,9 %
Russische Föderation	188.253	189.326	191.270	195.310	2,8 %
Österreich	175.434	174.548	175.244	175.926	2,5 %
Rumänien	94.326	104.980	126.536	159.222	2,3 %
Bosnien und Herzegowina	156.804	154.565	152.444	153.470	2,2 %
Niederlande	132.997	134.850	136.274	137.664	2,0 %
Kosovo	32.183	84.043	108.797	136.937	2,0 %
Ukraine	126.233	125.617	124.293	123.300	1,8 %
Portugal	114.451	113.260	113.208	115.530	1,7 %
Frankreich	108.090	107.257	108.675	110.938	1,6 %
Spanien	105.526	104.002	105.401	110.193	1,6 %
USA	100.002	98.352	97.732	101.643	1,5 %
Großbritannien	97.560	95.852	96.143	98.406	1,4 %
Kasachstan	53.899	52.583	51.007	49.499	0,7 %
Belarus	18.382	18.646	18.703	19.065	0,3 %
Lettland	9.980	11.650	14.257	18.263	0,3 %
Aserbaidschan	14.337	14.207	14.038	14.393	0,2 %
Georgien	13.304	13.506	13.465	13.835	0,2 %
Moldau	12.214	12.147	11.972	11.872	0,2 %
Armenien	9.584	9.999	10.344	10.963	0,2 %
GUS-Staaten zusammen	446.186	447.681	449.349	456.500	6,6 %
Insgesamt [alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die vom Ausländerzentralregister erfasst werden]	6.727.618	6.694.776	6.753.621	6.930.896	100,0 %

Quelle: Bundesamt für Statistik, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendBevoelkerung2010200117005.xls?__blob=publicationFile, 28.11.2012

Tabelle 8: Deutschland: Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus (auf Basis des Mikrozensus 2011)

Detaillierter Migrationsstatus	in Tsd.	in %	Durchschnitts- alter
Bevölkerung insgesamt	81.754	100,0 %	44,0
Personen ohne Migrationshintergrund	65.792	80,5 %	46,1
Personen mit Migrationshintergrund	15.962	19,5 %	35,2
Italien	780	1,0 %	37,7
Polen	1.473	1,8 %	37,6
Kroatien	360	0,4 %	40,5
Russische Föderation	1.227	1,5 %	36,6
Serbien	286	0,3 %	35,3
Türkei	2.956	3,6 %	31,5
Ukraine	273	0,3 %	39,6
Kasachstan	922	1,1 %	35,6
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	2.929	3,6 %	36,5
<i>Ausländer</i>	5.675	6,9 %	43,8
Italien	398	0,5 %	51,1
Polen	373	0,5 %	38,3
Kroatien	204	0,2 %	51,9
Russische Föderation	232	0,3 %	42,0
Serbien	170	0,2 %	46,2
Türkei	1.146	1,4 %	46,5
Ukraine	150	0,2 %	44,2
Kasachstan	55	0,1 %	40,9
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	566	0,7 %	41,5
<i>Deutsche</i>	5.015	6,1 %	46,6
<i>(Spät-)Aussiedler</i>	3.213	3,9 %	46,7
Polen	579	0,7 %	49,0
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	1.447	1,8 %	42,9
Kasachstan	575	0,7 %	42,0
Russische Föderation	612	0,7 %	43,0
Ukraine	40	0,0 %	45,9
<i>mit früherer Staatsangehörigkeit</i>			
Polen	185	0,2 %	46,6
Russische Föderation	160	0,2 %	42,6
Türkei	327	0,4 %	44,3
Ukraine	43	0,1 %	45,5
Gebiet der ehemaligen Sowjetunion	381	0,5 %	42,9
<i>Personen ohne eigene Migrationserfahrung</i>	5.273	6,4 %	15,3
Ausländer	1.516	1,9 %	22,9
Deutsche	3.756	4,6 %	12,2

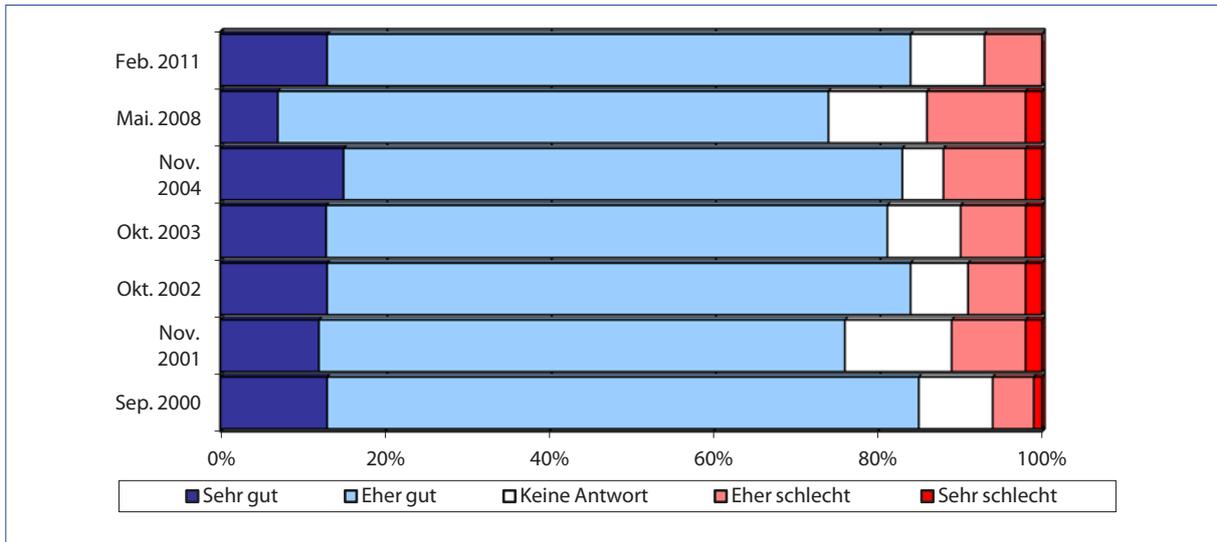
Quelle: Bundesamt für Statistik. Mikrozensus 2011, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegrations/Migrationshintergrund2010220117005.xls?__blob=publicationFile, 28.11.2012

UMFRAGE

Gegenseitige Wahrnehmungen

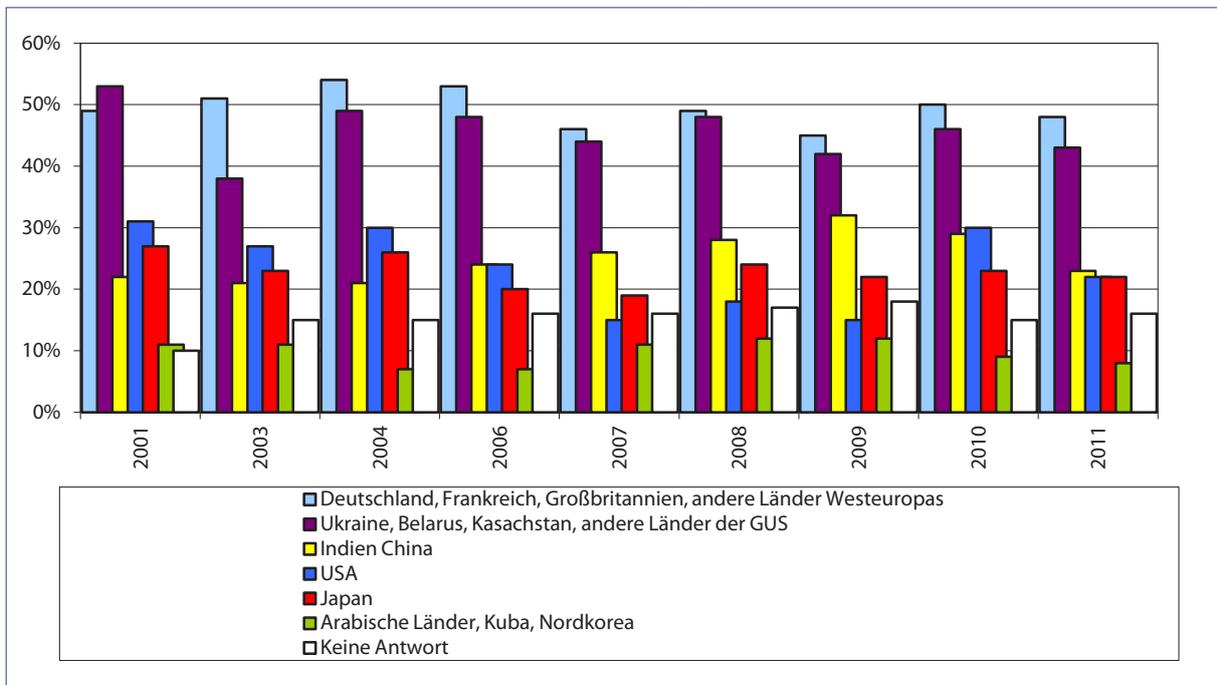
Russen über Deutschland

Grafik 5: Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Deutschland beschreiben?



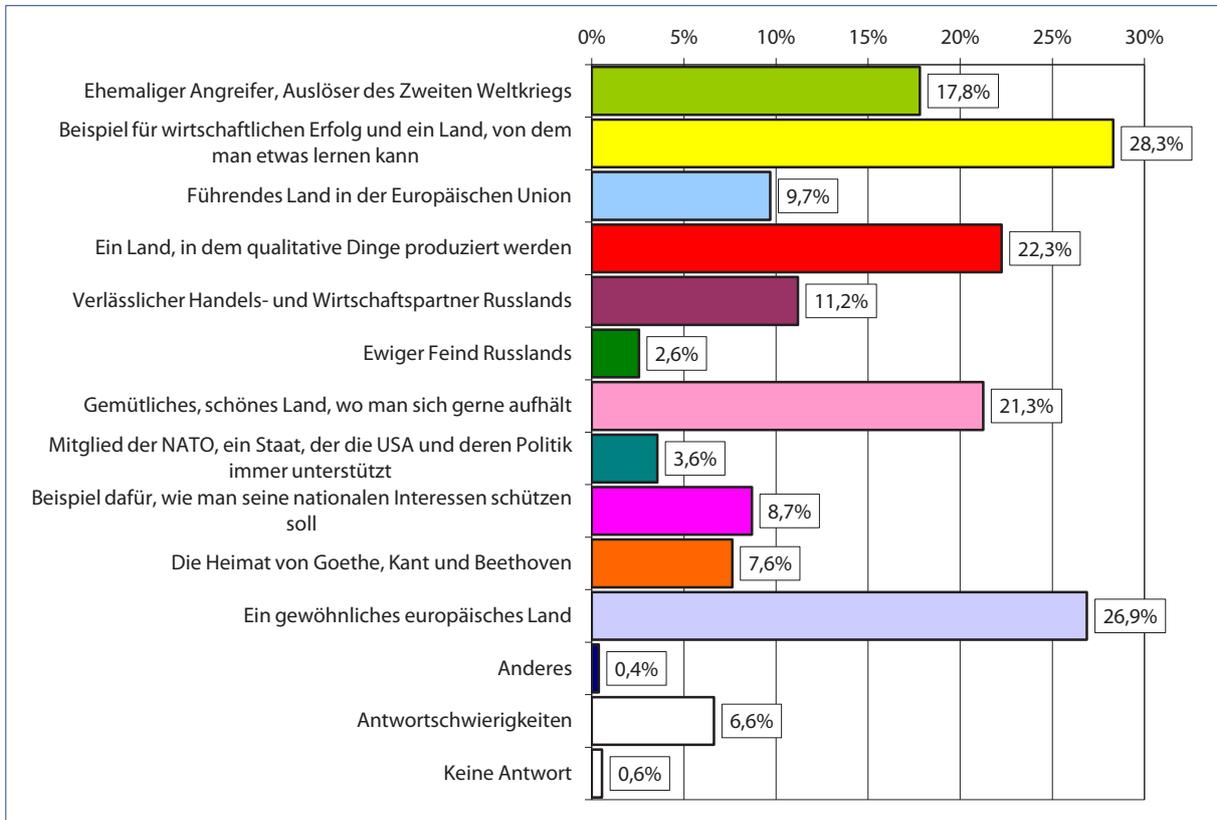
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 11.–14.02.2011, <http://www.levada.ru/28-03-2011/rossiya-na-mezhdunarodnoi-arene>.

Grafik 6: Mit welchen Ländern sollte Russland in der Außenpolitik eher eine Zusammenarbeit anstreben?



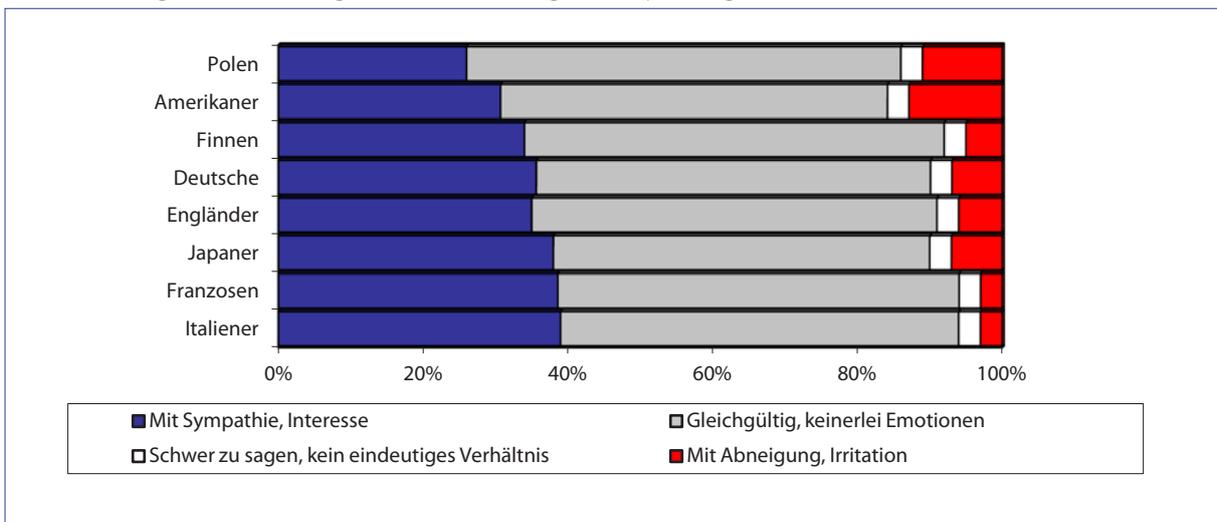
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 28.–31.01.2011, <http://www.levada.ru/press/2011032100.html>.

Grafik 7: Was bedeutet Deutschland heute für Sie? (Umfrage des WZIOM 2005)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.09.2005, http://wciom.ru/zh/print_q.php?s_id=188&q_id=15534&date=28.09.2005.

Grafik 8: Wie stehen Sie zu Menschen aus folgenden Ländern, Nationalitäten? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit je Kategorie)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 18.–19. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111697.html>.

Tabelle 9: Wie stehen Sie im Großen und Ganzen zu Menschen aus folgenden Ländern, Nationalitäten?
(geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit je Kategorie)

	Mit Sympathie, Interesse	Gleichgültig, keinerlei Emotionen	Mit Abneigung,	Schwer zu sagen, kein eindeutiges Verhältnis	Index (Positive – Negative Bewertungen)
Italiener	39 %	55 %	3 %	3 %	36 %
Franzosen	39 %	56 %	3 %	3 %	36 %
Japaner	38 %	52 %	7 %	3 %	31 %
Engländer	35 %	56 %	6 %	3 %	29 %
Deutsche	36 %	55 %	7 %	3 %	29 %
Finnen	34 %	58 %	5 %	3 %	29 %
Amerikaner	31 %	54 %	13 %	3 %	18 %
Polen	26 %	60 %	11 %	3 %	15 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111697.html>.

Tabelle 10: Nennen Sie fünf Länder, die Sie als engste Freunde, Verbündete Russlands bezeichnen würden?
(Antworten nach letzter Erhebung rangiert)

	Mai 2005	Mai 2006	Juli 2007	März 2009	Mai 2010	Mai 2011
Belarus	46 %	47 %	38 %	50 %	49 %	35 %
Kasachstan	20 %	33 %	39 %	38 %	32 %	33 %
Ukraine	17 %	10 %	11 %	3 %	20 %	21 %
Deutschland	23 %	22 %	24 %	17 %	24 %	20 %
China	12 %	24 %	19 %	18 %	16 %	18 %
Indien	16 %	15 %	14 %	12 %	14 %	16 %
Kuba	0 %	0 %	0 %	8 %	10 %	13 %
Armenien	9 %	14 %	15 %	15 %	15 %	11 %
Frankreich	13 %	8 %	9 %	9 %	11 %	9 %
Aserbajdschan	5 %	7 %	5 %	10 %	8 %	9 %
Bulgarien	11 %	10 %	9 %	9 %	8 %	9 %
Italien	6 %	7 %	8 %	5 %	8 %	6 %
Venezuela	0 %	0 %	2 %	8 %	10 %	6 %
Kirgistan	5 %	7 %	7 %	9 %	4 %	6 %
USA	11 %	5 %	6 %	2 %	7 %	5 %
Tadschikistan	3 %	3 %	7 %	9 %	4 %	5 %
Ägypten	2 %	1 %	2 %	2 %	2 %	5 %
Solche gibt es nicht	10 %	13 %	10 %	13 %	11 %	11 %
Keine Antwort	14 %	15 %	18 %	14 %	12 %	15 %

Die 20 erstgenannten Länder werden angeführt.

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.lewada.ru/01-06-2011/otnoshenie-k-drugim-stranam-mai-2011>.

Tabelle 11: Welche Länder würden Sie gerne unter den Verbündeten und Freunden unseres Landes sehen?

	Russland	Belarus	Ukraine	Kasachstan
Russland		64 %	55 %	55 %
Belarus	25 %		28 %	8 %
Ukraine	23 %	32 %		11 %
Deutschland	18 %	17 %	12 %	11 %
Keine	15 %	3 %	7 %	10 %
Kasachstan	12 %	5 %	7 %	
USA	11 %	7 %	9 %	16 %
Frankreich	10 %	7 %	5 %	5 %
England	7 %	4 %	5 %	4 %
China	6 %	3 %	1 %	11 %
Japan	4 %	1 %	1 %	7 %
Polen	1 %	20 %	9 %	0 %
Litauen	0 %	5 %	k. A.	k. A.
Keine Antwort	22 %	11 %	20 %	19 %

Quelle: Umfragen des WZIOM, Zirkon (Russland), NOWAK (Belarus), Research&Branding Group (Ukraine), CeSSI-Kasachstan (Kasachstan), veröffentlicht am 12.10.2006 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=266&uid=3383>.

Deutsche über Russland

Tabelle 12: Deutsche über Russen in der Forsa-Umfrage 2007

Das persönliche Russlandbild ist?	
Positiv	30 %
Negativ	20 %
Profil Russlands (anhand von Vorgaben)	
Weites Land	96 %
Soziale Ungleichheit	90 %
Machtbewusstsein	87 %
Große Städte	74 %
Wachstum	70 %
Willkür	65 %
Planwirtschaft	42 %
Freie Marktwirtschaft	26 %
Rechtsstaatlich	19 %
Freiheit	19 %
Kulturelle Assoziation zu Russland (ungestützt, ohne Vorgaben)	
Musik (Ballett, Tschaikowski, Strawinski, Netrebko, Don-Kosaken-Chor, Tänze, Lieder, etc.)	40 %
Literatur (Tolstoi, Dostojewski, Puschkin, Gorki, Pasternak, Gogol, etc.)	36 %
Städte/Architektur	16 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 12: Deutsche über Russen in der Forsa-Umfrage 2007 (Fortsetzung)

Eigenschaften, die die Deutschen mit den Russen verbinden			
Trinkfest	98 %		
Gastfreundlich	88 %		
Tapfer	78 %		
Gefühlsbetont	65 %		
Großzügig	62 %		
Friedliebend	62 %		
Staatsgläubig	60 %		
Gebildet	56 %		
Eigenschaften, die die Russen, nach Meinung der Befragten, mit den Deutschen verbinden			
Pünktlich	82 %		
Gebildet	80 %		
Verlässlich	77 %		
Friedliebend	61 %		
Staatsgläubig	55 %		
Gastfreundlich	52 %		
Angst vor Russland und den Russen			
Ja	12 %		
Nein	88 %		
Für die Vorgänge in Russland interessieren sich:			
	Insgesamt	18–29 Jährig	Über 60 Jährig
Sehr stark/stark	40 %	18 %	53 %
Weniger stark	46 %	52 %	37 %
Überhaupt nicht	11 %	30 %	10 %
Die Medien in Deutschland berichten über die Ereignisse in Russland ausführlich genug?			
Ja	47 %		
Nein, würde gerne mehr erfahren	51 %		
Die deutschen Medien berichten über die Verhältnisse in Russland weitgehend objektiv und zutreffend			
Ja	36 %		
Nein	49 %		
Weiß nicht	15 %		
Durch die Berichterstattung in den Medien erhält man von Russland einen...			
Positiven Eindruck	10 %		
Negativen Eindruck	44 %		
Weder besonders positiven noch besonders negativen Eindruck	42 %		
Die augenblicklichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland schätzen ein als...			
	Sept. 2006	März 2007	Nov. 2007
Sehr gut/gut	71 %	67 %	56 %
Weniger gut/schlecht	23 %	30 %	39 %
Russland als Wirtschaftspartner ist...?			
	Sept. 2006	März 2007	Nov. 2007
Verlässlich	56 %	52 %	62 %
Weniger Verlässlich	31 %	42 %	36 %
Weiß nicht	13 %	6 %	2 %

Quelle: »Unsere Russen – unsere Deutschen«. Das Russlandbild der Deutschen – Wahrnehmungen, Urteile, Stereotypen. Forsa. Dezember 2007.
 Unter: http://www.unsererussen.de/fileadmin/Presse_PDF/2007/Charts_PK_Druckversion.pdf; Erhebungen am 13.–24.11.2007

Serdjukows Sturz, Putins Krankheit und die Sicherung des Systems

Jens Siegert, Moskau

Wladimir Putin hat schon viele Minister entlassen. Aber noch niemand musste so schmachlich gehen, wie jüngst Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow. Obwohl der entlassene Minister dem Putin-Klan sehr nahe steht. Genau genommen verdankte Serdjukow allein dieser Nähe seinen Aufstieg. Im Jahr 2000, nach einer wenig beeindruckenden Karriere als Möbelhändler, heiratete er die Tochter von Wiktor Subkow. Subkow war schon in St. Petersburg Stellvertreter des damaligen stellvertretenden Bürgermeisters Putin. Nach Putins Aufstieg Richtung Moskau rückte er an die Spitze der russischen Steuerbehörde auf. Während Putins zweiter Präsidentschaft wurde Subkow Premierminister, ehe er 2008, als Dmitrij Medwedjew Präsident wurde, Putin Platz machen musste, aber Erster stellvertretender Ministerpräsident blieb. In Subkows Kielwasser stieg auch Serdjukow im Steuerwesen auf, wurde in Subkows direkter Nachfolge Chef der Steuerbehörde, ehe er im Februar 2007 von Putin zum Verteidigungsminister ernannt wurde.

Angesichts dieser Familien-Karriere ist der plötzliche Abstieg Serdjukows, vor allem aber seine öffentliche Demütigung also besonders erklärungsbedürftig. Warum also wurde Serdjukow Mitte Oktober 2012 bei einer morgendlichen Hausdurchsuchung bei einer seiner Mitarbeiterinnen, Jewgenija Wassiljewa, bis zum Sommer zuständig für das Eigentum des Verteidigungsministeriums, in Unterwäsche angetroffen. Frau Wassiljewa, deren Beziehung zu Serdjukow die Tageszeitung »Kommersant« als »enge Bekanntschaft« bezeichnet, wird beschuldigt, durch den manipulierten Verkauf von Immobilien des Verteidigungsministeriums fast drei Milliarden Rubel (ca. 75 Millionen Euro) veruntreut und auf Konten im Ausland geschafft zu haben.

Die Unterwäsche gibt die einfachste Erklärung: Serdjukow hatte sich mit der Zeit von seiner Familie (hier im doppelten Sinn, also auch als »Clan«, verstanden) entfernt. Die Familie hatte ihm seinen Aufstieg gegeben und nun eben wieder genommen. Doch wahrscheinlich ist das zu einfach. Wahrscheinlich gibt es gar keine allumfassende Erklärung (zudem wir uns hier zumindest mit einem Bein auf das dünne Eis der Kremlogie begeben). Wahrscheinlich sind eine ganze Reihe von Gründen zusammen gekommen. Also der Reihe nach.

Serdjukow wurde von Putin 2007 zum Verteidigungsminister gemacht, um endlich die von der Generalität und dem militärisch-industriellen Komplex seit langem boykottierte, ja sogar sabotierte Armee reform

durchzusetzen und die russische Armee auch über die Atomstreitkräfte hinaus wieder einsatzfähig zu machen. Mit den umfassenden Reformen (es geht hier nicht darum, ob sie nun erfolgreich waren oder nicht) hat sich Serdjukow in der Armee jede Menge Feinde gemacht. Serdjukow ließ zudem, sicher nicht ohne Zustimmung von Putin, moderne Waffensysteme (wie französische Hubschrauberträger der »Mistral«-Klasse) im Ausland kaufen und verschmähte weniger moderne aus russischer Produktion.

Diese Auseinandersetzungen innerhalb der Machteelite reichten in normalen Zeiten wohl aus, Serdjukows Ablösung zu erklären. Aber die Zeiten sind nicht normal. Putins Rating sinkt. Auch das kleine Hoch rund um die Präsidentschaftswahlen im März ist längst wieder vorbei. Die Zahlen sind inzwischen schlechter als vor der Wahl, Tendenz sinkend. Und zweitens erklären die Machtausinandersetzungen nicht die öffentliche Erniedrigung. Das war bisher nicht Putins Stil. Wer immer in der Vergangenheit nicht mehr gebraucht wurde, konnte zumindest mit einem warmen Versorgungsposten rechnen.

Die Ablösung Serdjukows könnte sogar als doppeltes Signal verstanden werden. Zum einen gäbe Putin damit nach außen zu erkennen, dass er nun wirklich ernsthaft mit der endemischen Korruption aufzuräumen gedenkt. Dazu müsste wohl aber auch Serdjukow und nicht nur seine Mitarbeiterinnen vor Gericht gestellt werden. Ob das passiert, ist unklar. Bisher wird gegen ihn nicht ermittelt, auch wenn vorige Woche seine Datscha durchsucht wurde. Das zweite Signal ginge nach innen. Da bisher noch niemand aus dem so inneren Kreis so in Ungnade gefallen ist, würde eine Verurteilung Serdjukows zu Lagerhaft allen aus dem inneren Machtzirkel zeigen, dass niemand sicher ist.

Es gibt noch eine weitere Überlegung, warum Serdjukow gehen musste: Putin begrudigt die Frontlinien. Praktisch alle Analysen der politischen und wirtschaftlichen Situation in Russland gehen davon aus, dass eine größere Krise in nicht allzu ferner Zukunft unausweichlich ist. Die dann notwendigen Reformen mit Einschnitten in die Sozialsysteme wären extrem unpopulär. Die Zustimmung zu Putin sinkt. Repressive Maßnahmen nehmen zu. Das Geld, mit dem bisher die meisten sozialen und politischen Probleme gelöst werden konnten, wird immer knapper. In solch einer Krisensituation, so die allgemeine Weisheit in Russland, müssen die Herrschenden drei Kräfte hinter sich haben: Geheimdienst, Polizei und Armee. Der Geheimdienst ist Putins Domäne. Die Polizei scheint unter dem neuen Minis-

ter Wladimir Kolokolzew weitgehend loyal. Aber ob die Armee Serdjukow (sprich: seinem Patron Putin) gefolgt wäre, dürfte den Kreml beunruhigt haben. Der neue Verteidigungsminister Sergej Schojgu ist der populärste Politiker nach Putin.

Neben voraussichtlichen wirtschaftlichen Problemen gibt es noch eine weitere Frage, die seit einiger Zeit durch die Analysen geistert: Ist Putin krank? Und wenn ja, wie schwer? »Geistern« ist hier das richtige Wort, denn so recht traut sich kaum jemand, das Thema anzusprechen. Erste Gerüchte kamen im September auf, nach dem Flug Putins mit den Kranichen. Als erstes seriöses Blatt wagte sich dann vor einigen Wochen die Moskauer Tageszeitung »Wedomosti« vor. Sie zählte auf der ersten Seite und als Editorial akribisch auf, welche ursprünglich geplanten Auslandsbesuche Putin seit September nicht angetreten und wie selten (dreimal im Oktober) er sich von seiner Datscha vor den Toren Moskaus in den Kreml begeben hatte. Putins Sprecher Dmitrij Peskow sah sich daraufhin gezwungen, öffentlich abzuwiegeln. Putin habe eine Sportverletzung an den Muskeln, nichts Schwerwiegendes. Und nach Moskau fahre er nicht, um die Moskauer Autofahrer nicht mit Straßensperren und noch mehr Staus zu verärgern.

Zum Petersburger Dialog Mitte November in Moskau war die Gerüchteküche schon richtig heiß. Russische Journalisten aus dem Kremlpool wogen bedenklich das Haupt ob der, wie sie aus sicheren Quellen wüssten, höchst angeschlagenen präsidentlichen Gesundheit. Fotografen, die besonders nah an den »Körper« heran dür-

fen, wurde eingeschärft besonders auf Krankheitsanzeichen zu achten. Bemerkte wurde Putins etwas schiefe Körperhaltung selbst im Sitzen, und dass er wohl ein Korsett unter dem weitgeschnittenen Anzug trug. Das Korsett würde vielfache Vermutungen bestätigen, Putin habe etwas am Rücken. Nur was? Die Gerüchteskala reicht vom Bandscheibenvorfall (Diagnose: schmerzhaft, aber ungefährlich) bis zum Sarkom an der Wirbelsäule (Diagnose: nur noch kurze Zeit zu leben).

Was hat das alles mit Serdjukow zu tun? Sollte Putin eine Krankheit haben, die ihn zumindest zeitweilig, z. B. durch eine nicht ganz einfache Operation außer Gefecht setzt, könnte auch das eine Erklärung für die eingeleitete Konsolidierung sein.

Also noch einmal zusammen gefasst: Serdjukow war eine schwache Stelle im System Putin. Seine Aufgabe, die Armee reform mit Brachialgewalt vom Fleck zu bringen, hatte er erfüllt. Durch persönliche Eskapaden hatte er sich von Putin-Klan entfernt. Die Korruption im Verteidigungsministerium wuchs unter ihm vielleicht noch unverschämter als in anderen Bereichen. Außerdem war Serdjukow (nicht nur in der Armee) einer der unpopulärsten Politiker der Putin-Riege. Alles in allem war er so aus doppeltem Grund fällig: Um die Reihen zu schließen und als populäres Opfer.

Ist das alles sicher? Natürlich nicht. Sicher scheint nur zu sein, dass es weiter nicht langweilig wird.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Vom 15. bis zum 29. November 2012

15.–16.11.2012	»Petersburger Dialog« in Moskau.
16.11.2012	Sicherheitskräfte töten im Rayon Chasawjurt (Dagestan) vier mutmaßliche Untergrundkämpfer.
16.11.2012	Die Staatsduma verabschiedet das Gesetz über den föderalen Haushalt 2013 in zweiter Lesung mit 297 gegen 102 Stimmen.
16.11.2012	Deutsch-russische Regierungskonsultationen. Wie üblich treten Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel nach den Konsultationen vor das Plenum des »Petersburger Dialogs«. Merkel kritisiert öffentlich die innere Entwicklung Russlands.
16.11.2012	Das US-Repräsentantenhaus verabschiedet ein Gesetz, das Visa-Sanktionen gegen russische Beamte vorsieht, die am Tod des Anwalts Sergej Magnitskij beteiligt waren. Gleichzeitig hebt das Repräsentantenhaus die Handelsbeschränkungen zu Russland nach dem »Jackson-Vanik-Amendment« von 1974 auf. Das russische Außenministerium bezeichnet die Visa-Sanktionen für die Personen, die auf der »Magnitskij-Liste« geführt werden, eine Provokation und droht mit einer harten Antwort.
17.11.2012	Während des Fußballspiels Dynamo Moskau gegen Zenit St. Petersburg wird Anton Schunin, Torwart von Dynamo, durch die Explosion eines Knallkörpers an den Augen verletzt. Das Spiel wird abgebrochen.
17.–18.11.2012	Sicherheitskräfte töten bei einer »Konter-Terror Operation« im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) fünf mutmaßliche Untergrundkämpfer.
19.11.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kritisiert auf einem Treffen mit den stellvertretenden Ministerpräsidenten den »Nihilismus« gegenüber dem Verfassungsgericht. 58 Entscheidungen des Gerichts seien nicht umgesetzt, in 200 Fällen fehlen zu geltenden Gesetzen die Durchführungsbestimmungen.
19.11.2012	Maxim Mussatow, Pilot der Kunstfliegergruppe »Sokoly« (Falken) wird neuer Kommandeur der berühmten Kunstfliegergruppe der Luftstreitkräfte »Strishi« (Mauersegler).
20.11.2012	Das Oberhaupt Tschetscheniens Ramsan Kadyrow weist die Regierung der Republik an, ein Gesetz auszuarbeiten, das den Verkauf von Energy-Drinks in Tschetschenien untersagt.
20.11.2012	Die Regierung Russlands weist dem Ölkonzern »Rosneft« ohne Ausschreibung zwei Lagerstätten in der Petschorasee zur geologischen Untersuchung, Erschließung und Förderung zu. Die Gebiete (Sewero-Pomorskij-2 und Pomorskij) befinden sich auf einem Territorium von föderaler Bedeutung und unterliegen demnach keiner Ausschreibung.
20.11.2012	Die Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung zwei Gesetze, mit denen die Auswahl der Abgeordneten für den Föderationsrat neu geregelt wird. Danach bestimmen Exekutive und Legislative einer Region jeweils einen »Senator«. Der Vertreter der Legislative muss über ein Abgeordnetenmandat verfügen und wird vom Regionalparlament gewählt, der Vertreter der Exekutive wird vom Gouverneur aus drei Kandidaten ausgewählt, die er bei seiner Kandidatur für das Gouverneursamt benannt hat.
21.11.2012	Das Gesetz über »ausländische Agenten«, also Nichtregierungsorganisationen (NGO), die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, tritt in Kraft. Sergej Ignatjew, Vorsitzender der russischen Zentralbank, unterzeichnet Bestimmungen, die russische Banken dazu verpflichten, Überweisungen an NGOs von über 200.000 Rubel (ca. € 5.000) der föderalen Behörde für Finanzaufsicht zu melden.
22.11.2012	Ein Bezirksgericht in St. Petersburg gibt den Schadenersatzforderungen mehrerer Aktivisten gegen die Sängerin Madonna in Höhe von 333 Mio. Rubel (ca. 8,2 Mio. Euro) nicht statt. Wegen der Unterstützung von Homosexuellen durch die Sängerin bei ihrem Petersburger Konzert Mitte August fühlten sich die Kläger moralisch geschädigt.
23.11.2012	Der Zufluss ausländischer Investitionen nach Russland ist nach Angaben der Statistikbehörde Rosstat in den ersten 9 Monaten des Jahres 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 % auf 114,5 Mrd. US-\$ zurückgegangen.
23.11.2012	Der Dumaabgeordnete Nikolaj Kowaljow (Einiges Russland) wird neuer Vorsitzender der Duma-Kommission zu Kontrolle der Einkommenserklärungen der Abgeordneten. Kowaljow tritt die Nachfolge von Wladimir Wassiljew an, der zuvor zum Stellvertretenden Dumavorsitzenden und Leiter der Dumafraktion von »Einiges Russland« gewählt wurde. Kowaljow ist Mitglied des Dumaausschusses für Sicherheit und war von 1996 bis 1998 Leiter des Inlandsgeheimdienstes FSB.
23.11.2012	Die Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung die Novellierung der Rententarife, die 2014 in Kraft tritt. Der Beitragssatz wird von 6 % auf 2 % reduziert. Gleichzeitig erhöht die Staatsduma zum 1. 1. 2013 den Mindestlohn von 4.600 auf 5.200 Rubel (ca. 113 / 128 Euro).

24.11.2012	Im Gebiet Kisiljurt (Dagestan) werden bei dem Beschuss eines Fahrzeugs durch Unbekannte zwei Personen getötet. Das Fahrzeug hatte ein militärisches Nummernschild.
24.11.2012	In Moskau findet das 2. Treffen des »Koordinationsrates der Opposition« (KSO) statt. Er beschließt einstimmig, am 15. Dezember einen »Marsch der Freiheit« durchzuführen. Bei der Festlegung der Losungen erhält die Forderung »Freiheit für die politischen Gefangenen« die meisten Stimmen.
24.–25.11.2012	In einer Besserungskolonie im Gebiet Tscheljabinsk nehmen zwischen 250 und 1.500 Häftlinge an einem Protest teil, bei dem eine Lockerung der Haftbedingungen und die Aufhebung der Einzelhaft für mehrere Mitgefangene gefordert wird. Angehörige der Häftlinge organisieren vor dem Gefängnis eine Protestveranstaltung.
25.11.2012	Im Anschluss an das Fußballspiel Dynamo Moskau gegen Spartak Moskau (5:1) kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans. Ca. 160 Personen werden vorübergehend festgenommen.
26.11.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt in einem Interview mit der französischen Zeitung »Le Figaro«, dass er eine Rückkehr in den Kreml nicht ausschließt.
26.11.2012	Das russische Strafverfolgungskomitee kündigt eine Untersuchung der Vorfälle in der Besserungskolonie bei Kopejsk (Gebiet Tscheljabinsk) an. Ca. 1.500 Gefangene hatten am vergangenen Wochenende protestiert. Sie warfen den Mitarbeitern der Haftanstalt Missbrauch der Amtsgewalt vor, u. a. Erpressung von Häftlingen.
27.11.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Rasul Mirsajew, einen russischen Kampfsportmeister, wegen fahrlässiger Tötung eines Studenten im Jahre 2011 zu zwei Jahren Bewährungsstrafe.
28.11.2012	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Iljas Saidow wegen Vorbereitung eines Terroranschlags auf dem Roten Platz zu 15 Jahren Lagerhaft.
29.11.2012	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet erneut ein Verfahren gegen Bill Browder (Vorsitzender von Hermitage Capital) und Sergej Magnitskij (Anwalt des Unternehmens, 2009 in Untersuchungshaft gestorben) wegen Steuerhinterziehung im Jahr 2006.
29.11.2012	Ein Moskauer Bezirksgericht erklärt das Video zum »Punk-Gottesdienst« von Pussy Riot von Februar 2012 in der Moskauer Christ-Erlöser Kathedrale für extremistisch. Der Zugriff auf Internetseiten, die das Video anbieten, soll eingeschränkt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de